

Die Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Nazi-Waffenlager in Holland

Belgische Repetierrevolver zum Niederknallen deutscher Arbeiter — Verdächtiges Schweigen der Polizei

Vor Tagen ging eine Meldung über Nazi-Waffenlager in Holland durch einen Teil der Presse. Seitdem ist es auffällig ruhig geworden. Nun gehen uns aus dem Rheinland folgende aufsehenerregende Mitteilungen darüber zu:

Daß die Braunhemden mit Schusswaffen aller Art reichlich versehen sind, ist längst bekannt und durch unzählige faschistische Mordtaten erhärtet. Aber woher die Waffen stammen, war bisher das Geheimnis der wenigen Eingeweihten der SA und SS. Jetzt wurde dieser Schleier entfernt. Hitlers braune Armee, die zwar nicht Deutschland erwecken, sondern Deutsche sterben läßt, benutzt zu dieser nationalen Kollaterale in der Hauptsache belgische Repetierrevolver. Eine etwas peinliche Sache für die nationalen Erwecker, aber schließlich nicht peinlicher als jene Waffenlieferungen deutscher Patrioten, die während des Weltkrieges Tausenden deutschen Soldaten das Leben gekostet haben.

Aufgedeckt wurde das von den Nazis sogenannte geheime Geheimnis durch die Verhaftung eines Schmugglers namens Czymanski. Dieser fuhr seit vielen Monaten mit seinem Auto regelmäßig nach der holländischen Grenzstadt Venlo. Die Zollbeamten

hatten ihn seit langem im Verdacht, daß er wie Hunderte und Tausende andere Tabak, Zigaretten und Kaffee schmuggelte. Er tapten konnten sie ihn nie, so scharf sie auch hinter ihm her waren. Bis kürzlich eine Zollwache, auf deren Haltesignal Czymanski nicht anhielt, auf ihn feuerte, ihn verletzte und dann Mann und Auto feststellte. Bei einer eingehenden Durchsichtung des Autos stießen die Zöllner auf einen sehr geschickt gearbeiteten doppelten Tank, der

100 belgische Repetierrevolver und 2500 Schuss Munition enthielt.

Die Polizei schweigt sich zwar darüber aus, für wen die Waffen bestimmt waren, aber jedermann weiß, daß die Nazis sie erhalten sollten. Man weiß auch, daß

Czymanski schon viele Dutzende ähnliche Waffenlieferungen über die Grenze geschmuggelt und sie in Düsseldorf, Wuppertal und vielen anderen Städten und Orten Rheinlands an die Faschisten abgeliefert hat.

Das Geschäft, das er dabei machte, war sehr einträglich. In holländischen Blättern wurden in Verbindung mit der Verhaftung

Czymanskis Mitteilungen veröffentlicht, die äußerst interessant sind. So berichten die Zeitungen, daß bei Venlo und in anderen Orten in Holland-Limburg verschiedene große Waffenlager aufgefunden worden sind. Die dort lagernden Waffen sollen von einem gewissen Schankweiler gekauft worden sein, der Mitglied der deutschen nationalsozialistischen Partei ist und schon des öfteren in nationalsozialistischen Versammlungen als Redner auftrat. Holländische Waffen kaufte Schankweiler nicht, sondern lediglich belgische. Auch der Name eines ehemaligen deutschen Majors namens Diemer von Willrode wird von holländischen Blättern in Verbindung mit den Waffenlagern genannt. Dieser Diemer von Willrode ist der Leiter der nationalsozialistischen Gruppen in Holland und steht in ständiger Verbindung mit dem Haus Doorn.

Auffällig bei der ganzen Angelegenheit ist das Schweigen der Polizei über die Zusammenhänge des Waffenschmuggels und über die Empfänger der geschmuggelten Waffen. Von dem Entwurf, den die Nazis beabsichtigen, wenn sie bei Arbeitern irgendwo einen oder zwei Revolver findet, ist diesmal nichts zu verspüren, obwohl es sich um ganz gewaltige Waffenmengen handelt.

Der Parteitag der Labour Party

J.R. In der ersten Oktoberwoche fand in Leicester der diesjährige Parteitag der englischen Arbeiterpartei statt. Er hatte das Fazit zu ziehen von einem Jahre Politik nach der Trennung von Mac Donald, dem Premier der „Nationalregierung“, und der Rückkehr aus der Regierung in eine Oppositionsstellung. Er hatte ferner Stellung zu nehmen zu dem Austritt der Unabhängigen Arbeiterpartei (Fenner Brockway, Maxton u. a.) aus der Labour-Party, der als Antwort auf deren bürgerlich-liberale, unsozialistische Politik vor kurzem erfolgte.

Ueber die zweite Frage ging man ohne jegliche Selbstkritik mit einigen Bemerkungen über kommunistische Spaltungsmethoden und dergleichen hinweg. Die Gruppe um Brailsford, die den Weg der Unabhängigen Arbeiter-Partei nicht mitging, sondern sich unter heftigen Ausfällen gegen ihre bisherigen engeren Parteigenossen am Tage vor Beginn des Parteitages als „Sozialistische Liga“ innerhalb der Labour-Party konstituiert hatte, gab den Stützpunkt für dieses oberflächliche Hinweggehen über eine solche ernste Angelegenheit, wie es die Abspaltung des radikalen, revolutionären Teiles der Labour-Party bedeutet.

Aber infolge der rapide wachsenden Arbeitslosigkeit, des Lohnabbaus, der Verschlechterung der Sozialversicherung usw. auch in England ist unter den breiten Massen der englischen Arbeiterschaft und auch unter den Mitgliedern der Labour Party eine steigende Empörung vorhanden. Um diese Stimmung abzubiegen und um die Labour Party erneut in den Massen zu verankern, wurde deshalb von den Leitern der Labour Party selbst sehr viel über eine notwendige Radikalisierung der Politik und über Erfahrungen, die man in der Zeit der Labour-Regierung gewonnen habe, gesprochen. Ganz ähnlich wie in der deutschen Sozialdemokratischen Partei wurde eine angebliche Wendung zum Sozialismus als heute vor der Arbeiterklasse stehende Aufgabe gemacht. In den Mittelpunkt der Tagesordnung und der Debatten stellte man ein neues Programm, dessen Hauptpunkte die Verstaatlichung des Bergbaus, der Banken, der Elektrizitätswirtschaft und des Verkehrswesens sowie allgemein die Einführung einer Staatskontrolle sind. Genau wie bei der SPD fehlt jegliche Verbindung dieser Forderungen mit dem entscheidenden Gesichtspunkt, daß das Proletariat die Staatsmacht selbst in Händen haben, d. h. sie im unmittelbaren Kampf gegen das Kapital und seine Staatsmacht erobern muß. Genau wie bei der deutschen Sozialdemokratie stehen diese Forderungen nur auf dem Papier, bedeuten sie außerdem keineswegs Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, sondern Beibehaltung des Systems der kapitalistischen Ausbeutung. Die Fragen, auf die es im Augenblick ankommt: Wie wird jeglicher Lohnabbau und jegliche Verschlechterung der sozialen Leistungen unmittelbar abgewehrt, blieben unerörtert. Dafür fand eine Entschuldigungs Annahme, die allgemeine Abrüstung verlangt, eine andere, die sich für Aufhebung aller Kriegsschulden und eine „Unterbrechung der aus den besiegten Ländern herausgeholt werdenlichen Reparationen“ ausspricht, und dergleichen mehr. Das sind Forderungen, die ganz genau so von bürgerlichen Pazifisten gestellt werden und die auf dem Parteitag von Leicester auch nur in dem Sinne gestellt wurden, daß man eine Milderung der englischen Wirtschaftskrise, nicht aber den notwendigen Klassenkampf in England und im internationalen Maßstabe im Auge hat.

Einen sehr breiten Raum nahm die Frage ein, was man alles anders machen müsse, wenn eine neue Arbeiterregierung auf Grund veränderter Wahlergebnisse zustande kommen sollte. Henderson, der Führer der Labour Party, machte die großartige Zusage, daß in einem solchen Falle nicht einfach wie damals die Minister der Labour Party die Politik bestimmen sollen, sondern daß dann eine Delegiertenkonferenz der Partei über die von einer solchen Regierung einzuschlagende Politik befragt würde. Mit dieser Floskel verstand Henderson es, die Wogen wieder zu glätten, die auf diesem

Kompromiß-Vereinbarung im schlesischen Metallarbeiterstreik

Görlitz, 7. Oktober.

WTB. In dem seit Anfang September andauernden Streik in der niederschlesischen Metallindustrie ist nunmehr ein Einigungsvorschlag des stellvertretenden Schlichters dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften unterbreitet und von beiden Parteien angenommen worden. Der Einigungsvorschlag hat folgenden Inhalt:

Der zum 31. Juli 1932 gekündigte Lohnarif tritt mit folgender Maßgabe wieder in Kraft: der Spitzenlohn in Ortsklasse I beträgt 66 1/2 Pf., der Akkordlohn in der Ortsklasse I 62 Pf.; die übrigen Löhne errechnen sich in dem bisherigen Verhältnis. Die Neuregelung gilt ab 3. Oktober 1932 und ist mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Januar 1933 kündbar. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt nach den betrieblichen Möglichkeiten (II), die Gewerkschaften heben sofort jede Sperrmaßnahme gegen die bestreikten Betriebe auf. Die bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben beschäftigten Arbeiter werden von der Einstellung nicht ausgeschlossen. Das Arbeitsverhältnis gilt hinsichtlich des Urlaubs als nicht unterbrochen. — Die Lohnsenkung beträgt somit zwei Prozent.

Diese Vereinbarung sieht zwar anstatt der geforderten 4 nur 1 1/2 Pfennig Lohnabbau vor. Ganz schlimm sind aber die Wiedereinstellungsbedingungen, die der Maßregelung Tür und Tor öffnen.

Zu untersuchen gilt, ob die Lage des Streiks wirklich so war, daß die Gewerkschaftsführung dieser schlechten Vereinbarung zustimmen mußte. Falsch ist es, wenn die „Arbeiterzeitung“ ganz allgemein von „Verrat“ schreibt, obwohl doch auch sie weiß, daß gerade in der KPD-Hochburg Niesky, wie auch in dem bestreikten Görlitzer Betrieb leider sehr viele Streikbrecher vorhanden waren und einen vollen Sieg unmöglich machten.

Lohnabbau in Manchester

Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie von Manchester hat beschlossen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, durch Aushang in den Betrieben eine Lohnherabsetzung von 8,75 Prozent durchzuführen. Von dieser Maßnahme werden 200 000 Arbeiter betroffen.

Das ist die Auswirkung der reformistischen Politik in Lancashire, wo die Gewerkschaftsführung den Kampf abwürgte mit einer Lohnvereinbarung von 8 1/2 Prozent Abbau.

Vorgetäuschte Arbeitslosenzahlen

Angewandte Rückgang um 163 000

Berlin, 7. Oktober.

WTB. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit vom 16. bis 30. September 1932 waren Ende September bei den Arbeitsämtern rund 5 100 000 Arbeitslose gemeldet. Gegenüber dem letzten Stichtag Mitte des Monats ist ein Rückgang um rund 163 000 eingetreten. Während des ganzen Monats September hat damit die Arbeitslosenzahl nach einer vorübergehenden Erhöhung um rund 123 000 abgenommen. Saisonmäßige Einflüsse, die Maßnahmen der Reichsregierung und im beschränkten Umfang noch die bekannten Änderungen des Unterstützungszustandes haben zu dieser Entwicklung des Zahlenbildes beigetragen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich Ende September in der Arbeitslosenversicherung auf rund 626 000 (gegen 660 000 am 15. September), in der Krisenfürsorge auf rund 1 224 000 (gegen 1 280 000 am 15. September). Von den Arbeitsämtern anerkannte Wohlfahrts-erwerbslose wurden Ende September rund 2 035 000 gezählt, d. h. rund 5000 mehr als Ende August. Die Zahl der tatsächlich im freiwilligen Arbeitsdienst Beschäftigten ist von rund 144 000 Ende August auf rund 200 000 Ende September gestiegen.

Der zahlenmäßige Rückgang der unterstützten Arbeitslosen wird von der bürgerlichen bzw. Regierungspresse als ein „Beweis“ für den „Konjunkturschwung“ gewertet. Das ist glatter Schwindel, wie die ganze Arbeitslosenstatistik der Reichsanstalt eine grobe Massentäuschung darstellt, weil hier wieder nur die Zahl der Unterstützten, aber nicht die Zahl aller an Stempelstellen gemeldeten veröffentlicht wird.

Es ist überall und auch bei den Arbeitsämtern und Regierungsstellen bekannt, daß die relativ geringen Neueinstellungen der letzten Wochen kaum die in dieser Zeit erfolgten Entlassungen aufwiegen. Das schlechte Gewissen der Reichsanstalt über ihre Zahlenkunststücke kommt in folgender Bemerkung ihres Berichts zum Ausdruck: „Daß die Abnahme

der Arbeitslosenzahl nicht ohne weiteres mit einer entsprechenden Steigerung des Beschäftigungsgrades gleichgesetzt werden kann, ist bekannt.“ (!)

Die Wirklichkeit also ist: Die Beschäftigtenzahl ist nicht gestiegen. Der angebliche Rückgang der Arbeitslosenziffer besteht darin, daß ungefähr 163 000 Arbeitslosen die Unterstützung gänzlich geraubt wurde.

Streik in den BMW

München, 8. Oktober.

(Eigener Drahtbericht)

Die gesamte Belegschaft der Bayerischen Motorenwerke (B.M.W.) ist wegen Lohn-differenzen in den Streik getreten.

ADGB zur „Friedenspflicht“-Verfügung

Berlin, 7. Oktober.

CNB. Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigte sich heute mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsverordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober für den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten. Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die Einwendungen der Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht nicht entkräftet worden seien. Die Gewerkschaften könnten sich den Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Verantwortung für die Arbeitskämpfe trifft daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober sollen die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues für die Lebenshaltung und für eine wirksame Arbeitsbeschaffung ergeben müßten.

Parteiung doch einmal etwas höher gegangen waren — besonders, als Henderson sogar in Bezug auf die Verstaatlichungsparen des Parteiungs eine Festlegung durch eine Entscheidung verhindern wollte.

Die Transportarbeiter-Organisation hatte dem Parteiung einen Antrag vorgelegt, sich für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter einzusetzen. Das Parteivorstandsmitglied Morrison erklärte diese Lösung jedoch für syndikalistisch (1). Er versprach jedoch, da mehrere Delegierte für eine Kontrolle durch die Arbeiter selbst eintreten, daß die Frage später, nach dem Kongress, weiter erörtert werden sollte. Daraufhin zog Bevin, der Delegierte und Leiter des Transportarbeiterverbandes, die Resolution zurück.

Einzelne kritische Stimmen, die u. a. zum Ausdruck brachten, daß heute die englischen Liberalen hinsichtlich der Zollfragen konsistenten und radikaler seien als die Labour Party, und die die positive Einstellung der Labour Party zu der Imperiums-Konferenz in Ottawa und die offizielle Teilnahme des Vorsitzenden der Gewerkschaften, Citrine, kritisierten, gingen unter dem allgemeinen Geruch von dem neuen Kurs auf Sozialisierung und Sozialismus völlig verloren. Die Reformisten und zum Teil überhaupt nur hüftiglich denkenden Hendersons erdrückten sich, sogar davon zu sprechen, daß der Reformismus der früheren Ära der Labour Party jetzt aufgehört habe; weiter ausgerechnet sie stellten sich selbst hin als die heftigsten Bekämpfer aller reformistischen Strömungen.

Es ist sehr charakteristisch, daß dies auch der Tenor der neuen „Sozialistischen Liga“ ist. Brailsford schrieb für die „Wiener Arbeiterzeitung“ einen Artikel zum englischen Parteitag mit der Überschrift „Abkehr vom Reformismus“. Auch er feiert hier eine angebliche Kurschwengung der Labour Party und Hinwendung zum „kämpfenden Sozialismus“. Brailsford gibt in seinem Artikel zwar zu, daß die Verstaatlichungslosungen des Parteitags eigentlich gar nichts Neues sind, daß sie aber immer nur auf dem Papier standen. Der große Unterschied sei der, daß solche Forderungen bisher „nur immer aus der Mitgliedschaft kamen“, während jetzt die Parteileitung solche Forderungen propagiere. Die Mitglieder massen bekommen hiermit nebenbei also auch noch einen Fußtritt als völlig belanglose Kreaturen. Daß die „Wiener Arbeiterzeitung“ diesen Artikel von Brailsford kommentarlos, also mit volstem Einverständnis abdruckt, sei hier nur nebenbei erwähnt. Diese Dinge zeigen aber, wie richtig und notwendig es war, daß die Independent Labour Party einen scharfen Trennungsstrich gegenüber den Hendersons und ebenso gegenüber den Brailsford und Co. gezogen hat.

Der ganze Parteitag der Labour Party ist ein einziges Ausweichen vor jeder heute für die englischen Arbeiter konkret stehenden Kampfaufgabe. Er ist eine neue Bestätigung der völlig bürgerlichen Einstellung ihrer Führer, und er ist durch die Betonung einer Kurschwengung, die in Wahrheit gar nicht stattgefunden hat, eine Brückierung und Irreführung der gesamten Arbeiterklasse.

Die Krise im Reichsbanner bestätigt

Vor einigen Wochen brachten Zeitungen verschiedener politischer Richtung Mitteilungen über heftige Auseinandersetzungen, die nach dem 20. Juli in den Reihen des Reichsbanners eingesetzt hätten. Diese Auseinandersetzungen sollten, so wurde damals erklärt, unter anderem im Gau Berlin-Brandenburg stattfinden und nicht zuletzt gegen den bisherigen Gauvorsitzenden, den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Stelling, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, gerichtet sein.

Damals wurde das alles natürlich von der Bundesleitung des Reichsbanners dementiert. Jetzt aber wird es, wenn auch in sehr schüchternen Form, offen zugegeben. In der „Vossischen Zeitung“, einem Blatt, das bestimmt dem Reichsbanner sehr freundlich gegenübersteht, finden wir folgende Notiz:

„Der Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird seine Gau-Generalversammlung, die für den 23. Oktober vorgesehen war, mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen bereits am 16. Oktober in Berlin stattfinden lassen. Der Gauvorsitzende, Reichstagsabgeordneter Stelling, Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, hat aus Gesundheitsrücksichten gebeten, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen. Die letzte Generalversammlung hat im Jahre 1929 stattgefunden. Die gewaltigen Veränderungen der politischen Verhältnisse seit dieser Zeit werden ihren Widerhall auf der Gaultagung finden. Man erwartet einen starken Impuls für die Aktivierung der Bewegung durch Verjüngung des Gau-Vorstandes. Gau-Vorsitzender soll ein Mann werden, der sich ausschließlich der Reichsbanner-Arbeit widmet und keinerlei Funktionen in einer politischen Partei oder im Parlament ausübt.“

Man muß das sehr genau lesen, dann wird man merken, was hier alles zwischen den Zeilen gesagt ist. Aus diesem Eingeständnis für den Gau Berlin-Brandenburg kann man aber auch ohne weiteres die Schlussfolgerung ziehen, daß ähnliche Gegensätze sich auch in den anderen Gauen des Reichsbanners bemerkbar machen. Wenn auch sicherlich diese Meinungsverschiedenheiten noch nicht mit der genügenden grundsätzlichen Klarheit ausgetragen werden, so sind sie doch ein Beweis dafür, daß auch die Masse der Reichsbannerarbeiter in höchstem Grade unzufrieden ist mit der Politik der Eisernen Front.

Neue Milliarden für die Junker

Rede des Reichs Ernährungsminister v. Braun in Breslau

Am Freitag, dem 7. Oktober, hielt Freiherr v. Braun seine schon lange angekündigte Rede auf dem Verbandstag der Niederschlesischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften in Breslau, über Siedlung und Osthilfe. Braun schilderte dort ein „großartiges Siedlungsprogramm der Regierung“, dessen Zweck aber nicht mehr den früher so bombastisch verkündigten Absichten, die Arbeitslosen in den Städten zum lohnenden Erwerb auch in der Landwirtschaft anzusiedeln, entspricht, sondern auf eine Bereicherung und ein gutes Geschäft der junkerlichen Großgrundbesitzer hinausläuft. Es sollen vor allem die guten Güter der preussischen Domänenverwaltung für An siedlungszwecke benutzt werden, während als „Ersatz“ den bankrotten Großgrundbesitzern ihre Waldbesitzungen vom Staat — für teures Geld natürlich — abgekauft werden sollen.

Noch schwerwiegender für die deutschen Steuerzahler raut sich aber der neue Osthilfeplan der Papenregierung auswirken. Man will es nicht mehr bei den bisherigen gewaltigen Zuschüssen belassen, sondern die ostelbischen Junker sollen völlig schuldenfrei gemacht werden, angeblich um „die Landwirtschaft wieder rentabel zu gestalten“. Was hier geplant ist, kommt in folgender Stelle des offiziellen Berichtes zum Ausdruck:

Der Minister besprach sodann drei Maßnahmen, die zu einer Beschleunigung der Entschuldungsverfahren führen sollen. Die Reichsregierung beabsichtigt, im Zusammenhang mit einer Gesamtanleihe der ländlichen Genossenschaften die Forderungen der Genossenschaften an zu entschuldigende Betriebe des Osthilfegebiets durch eine Pauschalsumme

abzulösen. Hierdurch würden im einzelnen Entschuldungsfälle die seitrambenden und schwierigen Verhandlungen mit der beteiligten Genossenschaft wegfallen und nach Abfindung dieses Hauptgläubigers des landwirtschaftlichen Betriebes die Verhandlungen mit den übrigen Gläubigern vereinfacht und beschleunigt durchgeführt werden können. Diese Maßnahme würde auch die übrigen Gläubiger der landwirtschaftlichen Betriebe nicht benachteiligen, sondern sich vielmehr durch Erhöhung der Akkordquote für die nicht-genossenschaftlichen Gläubiger günstig auswirken.“

Das heißt ein Geschäft! Es werden dadurch erstens den Großgrundbesitzern ihre riesigen Schulden bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften vollkommen abgenommen. Zweitens werden dadurch die ebenfalls von den Junkern verwalteten Genossenschaften wieder sanfter und drittens auch die „sonstigen Privatgläubiger“, das heißt die privaten Banken, befriedigt.

Die Durchführung dieses Planes muß das Reich mehrere Milliarden Mark kosten.

Das alles hat niemand anders als die große Masse der Steuerzahler zu bezahlen. Immer neue Milliarden aus der Reichskasse für Großkapital und Junker, aber die „christliche“ Papen-Regierung denkt nicht daran, den vielen Millionen hungernden Erwerbsloser Hilfe zu gewähren. Im Gegenteil, die Milliarden, die dem Junkertum und dem Großkapital in den Rücken geworfen, werden durch immer neuen Lohnraub und Sozialunterstützungsabbau eingesparrt. Darum: unerbittlichen Kampf und Sturz dieser großkapitalistischen Junkerherrschaft!

Deutschland und die Abrüstungskonferenz

Das Reichskabinett hat am gestrigen Freitag eine Sitzung abgehalten, in der die Antwort auf die Einladung der englischen Regierung zu einer Konferenz der Großmächte über die Abrüstungsfrage beschlossen wurde. Die Antwort wird erst veröffentlicht, wenn sie in London eingetroffen ist.

Halboffiziell ist jedoch der Inhalt dieser Antwort bereits bekannt. Die deutsche Regierung wird sich jedenfalls grundsätzlich zur Teilnahme an einer solchen Konferenz bereit erklären, jedoch bestimmte Vorbedingungen stellen. Es soll nur dann eine deutsche Delegation entsandt werden, wenn vorher festgelegt wird, daß ausschließlich über die Frage der deutschen Gleichberechtigung verhandelt wird und daß diese Verhandlungen nicht auf der Grundlage der bekannten französischen und englischen Denkschriften geführt werden. Eine Art Ersatzabrüstungskonferenz werde die deutsche Regierung nicht besuchen, da sie sich nicht auf diesem Umweg wieder in die Abrüstungsverhandlungen einschalten lasse.

Diese Bedingungen sind nach unserer Auffassung unsachlicher Natur, denn es ist schon rein stofflich unmöglich, die Besprechungen einer solchen Konferenz in dieser Weise vorher zu begrenzen. Diese Vorbedingungen widersprechen auch dem Sinn der englischen Einladung, denn die Londoner Konferenz sollte ja gerade klären, unter welchen Bedingungen Deutschland wieder an den Abrüstungsverhandlungen teilnehmen könne. Es ist daher falsch, wenn die bürgerliche Presse Deutschlands einmütig behauptet, nur von der französischen Regierung hinge das weitere Schicksal dieser Konferenz und der Abrüstungsfrage überhaupt ab. Tatsächlich sabotieren die französische und die deutsche Regierung in gleichem Maße alle Versuche, über diese Fragen zu einer, wenn auch nur kapitalistischen Verständigung zu kommen.

Meinungsverschiedenheiten im Zentrumslager

Berlin, 5. Oktober.

In Berliner politischen Kreisen hat die Rede, die der preussische Zentrumsabgeordnete Graf von Gahlen am Montag in einer Versammlung des Windhorstbundes in Münster in Westfalen hielt, außerordentliches Aufsehen erregt. Der Zentrumsabgeordnete von Gahlen hat sich ganz unabweislich in aller Öffentlichkeit für das Kabinett von Papen ausgesprochen, hat verlangt, daß das Zentrum die Regierung Papen toleriert, hat sich für eine sogenannte starke Staatsautorität eingesetzt und im Namen der Zentrumsmitglieder die Erklärung abgegeben, daß diese geschlossen hinter dem Reichspräsidenten ständen. Allerdings hat er eine Einschränkung gemacht, indem er erklärte, daß die katholische Arbeiterschaft zu den Parolen des Parteivorstandes des Zentrums stehe. Seine Erklärungen gab er für die Zentrumsmitglieder ab, die außerhalb der katholischen Arbeiterschaft zum größten Teil ganz anders eingestellt seien.

In den Kreisen der Papenregierung begrüßt man natürlich die Haltung des Grafen v. Gahlen; in den Kreisen der Zentrumsleitung herrscht Bestürzung, da man befürchtet, daß die Oppositionsrede des Grafen bei der landwirtschaftlichen Bevöl-

kerung Westfalens am 6. November ungünstige Wirkungen für das Zentrum haben könnte. Daß eine Krise im Zentrums-lager herrscht, war bekannt. Sie hat sich bisher nur innerhalb der Partei-Instanzen geltend gemacht, ist aber jetzt auch in die Öffentlichkeit getragen worden.

Zwölf Milliarden Defizit

WTB. Paris, 7. Oktober.

Der heutige Kabinettsrat beschäftigte sich hauptsächlich mit der Deckung des Budgetdefizits, das sich laut Agence Havas auf zwölf Milliarden Franken belaufen dürfte. Hiervon sollen vier Milliarden durch die vom Parlament gebilligten Maßnahmen einschließlich der Konvertierung gedeckt werden; eine Milliarde soll, wie verlautet, durch eine fünf bis zehnprozentige Kürzung der Beamtengehälter und zwei Milliarden durch Schaffung einer Pensionskasse flüssig gemacht werden.

Immer wieder Lügen der SPD-Press

Die sozialdemokratische Presse bewegt sich in einem merkwürdigen Widerspruch: in steigendem Maße beschäftigt sie sich alle paar Tage mit der Sozialistischen Arbeiterpartei — um zu beweisen, daß sich unsere Partei im Zustande völliger Selbstauflösung befinde. Es ist immerhin neuartig, daß man gegen ein angeblich totes Gebilde soviel Energie aufwendet.

Wir haben bereits neulich einige dieser sozialdemokratischen Lügen festgenagelt. Heute finden wir in der sozialdemokratischen Presse einen neuen Artikel, der vorsichtigerweise weniger konkrete Angaben enthält, aber genau wie der frühere in schroffem Widerspruch zu den Tatsachen steht. Wenn in diesem Artikel behauptet wird, die SAP sei „in ihrer Selbstauflösung begriffen“ und es sei klar erwiesen, „daß die SAP keine Existenzberechtigung hat“, so werden unsere Genossen über diese Feststellungen in ein helles Gelächter ausbrechen. Niemals war die Existenzberechtigung der SAP klarer erwiesen als durch das völlige Versagen der SPD und der KPD nach dem 20. Juli und in der jetzigen Situation, niemals waren die Genossen der SAP von solcher Arbeitsfreudigkeit besesselt, wie gerade jetzt. Wir können den sozialdemokratischen Bürokraten versichern, daß wir in jeder Beziehung nicht am Ende, sondern am Anfang unserer Arbeit stehen; in den Gewerkschaften und in allen anderen proletarischen Massenorganisationen, in den Betrieben und an den Stempelstellen werden die Reformisten viel mehr als ihnen lieb ist das lebendige Dasein, die aktive Wirksamkeit der SAP zu spüren bekommen. Das ist die Wahrheit und nicht der Schwindel der SPD-Press, daß in der SAP „wütende Fraktions- und Kliquenarbeit“ herrsche. Auch hier ist das Gegenteil richtig: aus den einjährigen Erfahrungen der SAP hat sich eine klare politische Linie und ein kameradschaftliches

Das Reichskabinett verspricht . . .

Man merkt, daß eine Wahl vor der Tür steht!

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung neben der Frage der Londoner Abrüstungskonferenz auch eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitische Fragen behandelt. Eine Entscheidung ist auch hierbei noch nicht getroffen worden.

Zunächst handelte es sich um die Durchführung der Kontrolle der vom Reich subventionierten Betriebe. Geplant ist eine Aktion zur Herabsetzung der Spitzengehälter der leitenden Angestellten aller vom Reich subventionierten Betriebe; zu diesem Zweck wird zunächst mit ein Reichskommissar für die subventionierten Betriebe in der Person eines Herrn v. Flotow ernannt werden.

Weiterhin befahl sich die Reichsregierung mit der Frage einer „Milderung sozialpolitischer Härten“. Eine entsprechende Zusicherung hat der Reichsarbeitsminister gestern einer deutschen nationalen Delegation gegeben. Allgemeine Änderungen der bisherigen Bestimmungen sollen allerdings nicht erfolgen. Ein sehr mageres Versprechen!

Ferner will sich das Reichskabinett in der kommenden Woche mit einer Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes beschäftigen. Es handelt sich um einen Plan, nach dem die Gemeinden in großem Stil öffentliche Arbeiten vergeben sollen. Zur Finanzierung sollen öffentliche Kreditinstitute, insbesondere die Sparkassen, entsprechende Kredite zur Verfügung stellen. Da diese aber dazu gar nicht in der Lage sind, soll wieder die Reichsbank den Sparkassen diese Mittel vorfinanzieren.

Ein weiterer Plan der Reichsregierung, dessen Entscheidung aber noch in größerer Ferne liegt, ist die Bemühung um eine Senkung der Auslandsschulden. Auch zur Durchführung dieser Aktion soll ein besonderer Reichskommissar bestellt werden. Hierfür ist Herr Dr. Schacht in Aussicht genommen.

Man wird der Verwirklichung all dieser Pläne der Reichsregierung mit geringen Erwartungen entgegenzusehen, insbesondere wenn man daran denkt, wie wenig bei all den bisherigen großen Worten herausgekommen ist. Die Versprechungen für „Milderung sozialpolitischer Härten“ können wohl sehr eindeutig gekennzeichnet werden: sie sind ein Wahlköder, der insbesondere den deutschnationalen den Wahlkampf erleichtern soll.

Streik-Niederlage in der „Bergwerkszeitung“

WTB. Düsseldorf, 7. Oktober.

Der vor einigen Tagen ausgebrochene Streik bei der Industries-Verlag und Druckerei A.G. in Düsseldorf, die u. a. die deutsche Bergwerkszeitung, den Mittag und den Düsseldorfer Stadtanzeiger herausgibt, ist beendet. Die Belegschaft hat die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Da in der Zwischenzeit zur Abwehr des Streiks Ersatzkräfte eingestellt werden mußten, kann die alte Belegschaft nicht voll wieder an ihre Arbeitsplätze zurückkehren.

Zusammenarbeiten bester Art herausgebildet. Genau so falsch wie alles andere ist ferner die Behauptung, die SAP sei der „Schwanz der KPD“. Wer die Presse der Sozialistischen Arbeiterpartei überhaupt verfolgt, der wird bemerken, daß im Gegenteil im Laufe dieses Jahres immer klarer und eindeutiger die Abgrenzung unserer politischen Linie gegen die ultralinke Politik der KPD und der Komintern durchgeführt worden ist. Alle diese Behauptungen zeigen, daß die Darlegungen der SPD-Press auch nicht von der geringsten Sachkenntnis getrieben sind.

Zum Schluß meini der sozialdemokratische Verfasser, die Genossen der SAP kämen bereits „zur großen Mutterpartei“ zurück. Da werden sich die sozialdemokratischen Parteisekretäre ganz gewaltig gefäuscht haben! Es war ein leuchtender Beweis für die grundsätzliche Klarheit und Überzeugtheit der gesamten SAP-Mitgliedschaft, daß in den letzten Monaten trotz des ungünstigen Wahlausganges vom 31. Juli die SPD-Press nicht aus einem einzigen Ort „Rückkehr zur großen Mutterpartei“ melden konnte. Unsere Genossen wissen, warum sie mit der SPD gebrochen haben und warum sie in der SAP sind. Die sozialdemokratischen Redakteure und Parteisekretäre werden aber vielleicht eine ganz andere Wirkung ihrer Lügenberichte zu spüren bekommen. Es ist uns bekannt geworden, daß die früheren unwahren Meldungen über den angeblichen Austritt von SAP-Genossen, die in Wirklichkeit nach wie vor führend in unserer Partei tätig sind, bei den sozialdemokratischen Arbeitern Kopfschütteln und Empörung hervorgerufen haben. Die SPD-Press soll nur so weiter machen — auf diese Weise zeigt sie den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie sachliche Argumente gegen die SAP nicht besitzt und daher, wie bei so vielen anderen Gelegenheiten, zu Lügen greifen muß.

In der Berufungsinstanz freigesprochen!

Aber wie konnte überhaupt eine Verurteilung zustande kommen?

(Eigener Bericht der SAZ)

Delitzsch, 7. Oktober.

Um den Delitzscher Marxisten einen Denkzettel zu geben, hatte der Kreisleiter Klönig seine gesamte SA aus dem Kreise Delitzsch zusammengezogen, um in der am 24. Februar stattfindenden Eisernen Front-Kundgebung im Schlösschenhaus und in einer kommunistischen Versammlung im Lindenhof mit den Marxisten abzurechnen.

Durch das Einschreiten der Polizei wurde dieses Vorhaben verhindert. Circa 30 Lößbitter SA-Leute, begleitet von den Delitzscher Nazis, stiegen jedoch auf ihrem Heimmarsch in der Dübener Vorstadt auf von auswärtigen Versammlungen heimkehrende kommunistische Arbeiter. Bei diesem Zusammenstoß wurden 2 SA-Leute erheblich verletzt. Die Delitzscher Nazis hatten nun wahllos eine Reihe ihnen verhafteter Arbeiter der Staatsanwaltschaft anvertraut. Sieben Arbeiter mußten sich eine längere Untersuchungshaft gefallen lassen. Nazis wurden nicht verhaftet. Das Schöffengericht Halle verurteilte am 15. April die beiden Gen. Fischer und Heldicke wegen Landfriedensbruchs zu 1 Jahr 3 Monaten bzw. 1 Jahr Gefängnis. Alle übrigen wurden freigesprochen.

Die Verurteilten legten Berufung ein. Gen. Rosenfeld übernahm die Prozessvertretung. Am 30. September fand vor der großen Strafkammer Halle die Berufungsver-

handlung statt, zu der 26 Zeugen geladen waren. Der Prozeß gab einen blendenden Anschauungsunterricht über die Glaubwürdigkeit der Nazizeugen. Nachdem ein halbes Dutzend der Nazikronzeugen, unter ihnen Brosig, Laue, Gebrüder Hartmann, aufmarschiert waren und ihre Aussagen bei Eid wiederholen sollten, hatte das Gericht und der Staatsanwalt nur noch ein Kopfschütteln über die widerspruchsvollen Aussagen dieser Helden übrig. Immer wieder mußte der Vorsitzende diese Zeugen auf die Gefahren des Meineids hinweisen. So gaben sie z. B. zu, sich im „Bismarck“ beim Abmarsch mit Stücken und Latzen bewaffnet zu haben, doch hätten sie diese vor der Begegnung mit den Kommunisten wieder weggeworfen; das war selbst dem Gericht etwas stark! Die Verurteilten wollen sie in der Nacht 1/1 Uhr auf über 40 m Entfernung genau erkannt haben!

Wahrscheinlich, um diese Zeugen vor einem Meineid zu schützen, beantragte der Oberstaatsanwalt schon nach Anhörung dieser ersten Belastungszeugen Schluß der Beweisaufnahme und verzichtete auf Vernehmung und Verteidigung der Entlastungszeugen und schlug von sich aus dem Gericht Preisprechung vor. Besser könnten die Nazis sich nicht blamieren. Der Vorsitzende verkündete sodann die Aufhebung des Urteils und Preisprechung auf Kosten der Staatskasse.

Prozeß Bullerjahn

Der Wiederaufnahmeprozess gegen Bullerjahn, der ursprünglich am 25. Oktober in Leipzig stattfinden sollte, ist auf den 3. November verschoben worden. Ueber die Zeugenladungen ist u. a. bekannt geworden, daß Generaldirektor Paul von Gontard, der im ersten Prozeß bekanntlich nicht geladen worden war, nunmehr von der Oberreichsanwaltschaft als Zeuge neben 33 anderen Zeugen geladen worden ist.

Prozeß der Professoren

Leipzig, 7. Oktober.

CNB. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich veröffentlicht den Terminzettel für die Hauptverhandlung über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen. Die mündliche und öffentliche Verhandlung beginnt am Montag, den 10. d. Mt., um 10 1/2 Uhr im Hauptsitzungssaal des Reichsgerichts. Es ist eine mehrtägige Dauer vorgesehen. Als klagende Parteien treten auf: 1. das Land Preußen, vertreten durch das ehemalige Staatsministerium mit den Streitbevollmächtigten, den Ministerialdirektoren Dr. Badt und Dr. Brecht-Berlin und Universitätsprofessor Dr. Giese-Frankfurt/Main, 2. die Zentrumsfraktion im Preussischen Landtag, vertreten durch Universitätsprofessor Dr. Peters-Berlin, 3. die Fraktion der sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Preussischen Landtag, vertreten durch Universitätsprofessor Dr. Heller-Frankfurt-M., 4. der frühere preussische Ministerpräsident Dr. h. c. Braun und die ehemaligen preussischen Minister Dr. Severing, Dr. Hirt-Siefer, Dr. Steiger, Dr. Schreiber, Dr. Schmidt, Grimme und Klepper,

5. das Land Bayern, vertreten durch das Gesamtministerium, und 6. das Land Baden, vertreten durch das Staatsministerium mit den Streitbevollmächtigten Ministerialdirektor Dr. Fecht-Berlin und Oberregierungsrat Wal im badischen Ministerium des Innern.

Beklagt sind das Deutsche Reich, vertreten durch die Reichsregierung, und der Reichskanzler als Reichskommissar für Preußen. Auf ihrer Seite treten als Streitbevollmächtigte auf: Ministerialdirektor Gotthener, Ministerialrat Dr. Hoche, Professor Dr. Carl Schmidt-Berlin, Professor Dr. Jacobi-Leipzig und Professor Bilfinger-Halle.

Kommunistenprozeß in Belgrad

Belgrad, 7. Oktober.

Der Staatsgerichtshof verurteilte heute wegen kommunistischer Propaganda den österreichischen Staatsangehörigen Maximilian Rapold zu drei Jahren Gefängnis und den tschechoslowakischen Staatsangehörigen Joseph Stanislaw zu einem Jahr Gefängnis. Beide werden nach verbüßter Strafe aus dem Staatsgebiet ausgewiesen. Gegen sieben weitere Angeklagte wurden ebenfalls Strafen von einem bis zu drei Jahren Gefängnis verhängt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

Der gefährliche Kursus

Stuttgart, 7. Oktober.

Die Stuttgarter Polizei hatte in Erfahrung gebracht, daß die Kommunisten zur Zeit im Walde in Stillenbuch einen Kursus ver-

anstalten. Da das Polizeipräsidium Stuttgart den Verdacht hatte, daß der Kursus illegalen Zwecken diene, wurden heute vormittag sämtliche Kursusteilnehmer, etwa 50, verhaftet.

Werwolf-Arbeitsdienstler überfallen eine Gerichtskommission

Hamburg, 7. Oktober.

In Melbeck bei Lüneburg wurde eine Gerichtskommission, die in einem Zivilprozeß um eine Zwangsversteigerung einen Lokaltermin abhalten wollte, von Mitgliedern eines dort stationierten Arbeitsdienstlagers des Werwolfs tätlich angegriffen. Die amtierenden Gerichtspersonen wurden mit einem Steinhagel empfangen, der Vorsitzende verletzt. Gegen die Schuldigen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Kein Streit mehr um die Staatsform

Athen, 7. Oktober.

WTB. Der Präsident der Republik veröffentlicht ein Manifest an das Volk, in dem er bekannt gibt, daß auch die Volkspartei die republikanische Staatsform Griechenlands vorbehaltlos anerkennt, und daß es keinen Streit mehr um die Staatsform gebe.

Das Kabinett Venizelos wird, soweit es sich bisher überschauen läßt, die Regierungsgeschäfte bis zur Einberufung des Parlaments Ende Oktober weiterführen.

Ein Minister ernannt sich zum Oberregierungsrat

Die Nazis sind bekanntlich ausgezogen, um ein für allemal alle Posten jenseits der Welt zu schaffen. In der Praxis sieht das etwas merkwürdig aus. So wird jetzt berichtet, daß der nationalsozialistische Innenminister von Mecklenburg-Schwerin, Dr. Scharf, sich selbst zum Oberregierungsrat bei der Mecklenburg-Schweriner Staatsregierung ernannt hat. Auf diese Weise hat er sich für die Zeit nach dem Ende seiner Ministertätigkeit einen hohen Posten und ein hohes Einkommen gesichert. So sieht das „System“ der NSDAP aus!

Politische Gefangene Italiens im Hungerstreik

Von den sechs tausend politischen Gefangenen in Italien sind neuerdings, wie die „Welt am Montag“ berichtet, zweihundert in das Gefängnis von Civitavecchia überführt worden, das noch aus der Zeit der päpstlichen Territorialherrschaft stammt. Die Gefangenen, die dort unter ganz besonders harten Bedingungen in Einzelhaft gehalten werden, befinden sich deshalb seit dem 22. September im Hungerstreik. Unter ihnen sind Sozialisten wie Secchia und Parodi, Kommunisten wie Terracini, Demokraten wie Pertini und der Student Amendola, ein Sohn des im Exil verstorbenen ehemaligen Ministers, der erst vor kurzem verhaftet und noch gar nicht abgeurteilt ist.

Werbt Abonnenten

Proletarische Konzentration in der Eisernen Front?

Die letzte Nummer der Arbeiter-Turn- und Sport-Zeitung vom 5. d. M. beginnt den Propagandafeldzug für die Eiserne Front zur Reichstagswahl am 6. November. Der besonders in Ostpreußen bekannte Genosse Fritz Schreiber, zurzeit wohlbestallter Parteisekretär der SPD in Lobau (Lausitz), der anstelle unseres Genossen Bergl, der vor der Trennung der SPD das Amt bekleidete, vom Bezirksvorstand der SPD eingesetzt wurde, um die Lausitzer Parteiorganisation vor den „Spallern“ zu retten, schreibt einen Artikel in der erwähnten Nummer über „proletarische Konzentration“. Es wird darin gewünscht, daß außer dem politischen Kampfe auch sonst eine stärkere Bindung der Arbeiterpartei an die Eiserne Front erfolgen müsse. Er sagt das mit folgenden Worten: „Wir brauchen die gegenseitige Bereitwilligkeit und Unterstützung, alle Veranstaltungen der Eisernen Front sollten nicht bloß politisch eine gemeinsame Sache sein, sondern auch gewerkschaftlich, wirtschaftlich, sportlich und kulturell. Bewegung mit aller Organisationsenergie, dafür mehr gegenseitiges Verständnis und ernsthaftes Wollen, gemeinsame Eroberung der Öffentlichkeit auch bei nicht unbedingt politischen Anlässen.“ In seinem Artikel ist das Motiv: „Eiserne Front für alle Zeiten und in der ganzen Welt.“

Nicht nur mit diesem Artikel, sondern auch mit dem Spitzensatz von Paul Ebermann: „Und wieder ruff der Kampf“, der gleichfalls alles Heil in der Unterstützung der Eisernen Front sieht, wird die früher angebahnte gesunde überparteiliche Linie in der Arbeiter-Turn- und Sport-Zeitung verlassen. Vor nicht allzu langer Zeit, nämlich in der Nummer vom 1. Juni d. J., brachte Kreuzburg, der verantwortliche Schriftleiter, einen Artikel „Zurück zur Vernunft — zur Einheitsfront“, in dem er zur Einheitsfront der proletarischen Parteien aufrief. Wir wünschen als Arbeitersportler nicht, daß der Bund zum Anhängsel der SPD-Politik degradiert wird, weil damit nach unserer Überzeugung der Bund sich auf eine absteigende Linie begibt. Denn Massensport ist Klassensport, nicht aber Parteisport.

Winklers Weltraumrakete explodiert

Königsberg, 7. Oktober.

Trotz ungünstiger Wetterlage wurde heute mittags 14 Uhr 30 Minuten auf der Frischen Nehrung zum Start der Winkler-Rakete geschritten. Die Rakete erhob sich auch auf ihrem Abschlußstadium. Als sie etwa in Haushöhe war, explodierte der untere Teil der Rakete, in dem sich die Brennstoffbehälter befinden. Die Rakete fiel sofort zu Boden. Der Aufstieg ist damit also unmöglich geworden. Von den anwesenden Personen wurde niemand verletzt. Der Ingenieur Winkler soll sich heute noch nach Berlin begeben.

Der Start der Winklerschen Rakete sollte ursprünglich auf Sonnabend verschoben werden. Die zugelassenen Filmoperateure und Pressephotographen sitzen noch in Berlin. In letzter Stunde hatte man sich aber entschlossen, die Rakete bereits heute zu starten, da ein aus England herannahendes Tief für Freitag, Sonnabend und Sonntag schlechtes Wetter ankündigt. Kurz nach 14 Uhr erfolgte der Start an der gleichen Stelle auf der Frischen Nehrung, wo der erste Versuch in der vorigen Woche mißglückt war.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 53 Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Dann schlägt er aber doch nicht zu, — für so einen braucht er keinen Hammer, so einen trägt er mit gestrecktem Arm raus und setzt ihn auf dem Hof wieder ab.

Habersaath steht vor ihm. „Ein olles Dussel bist du!“ „Recht hat er“, mischt sich ein Helfer ein. „Dussel, sagte ich nur, eigentlich bist du ein Arbeitervertreter!“

Arbeitervertreter? Wilhelm Lange, zweiundzwanzig Jahre Parteigenosse, Betriebsvertrauensmann, Schriftführer der Zählstelle, Kassenrevisor des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung, zweiter Vorsitzender des Sparvereins „Volle Büchse“, Mitglied des Komitees für Kleintierzucht im Kleingartenverein „Einigkeit III“, Genosse Lange, ein Arbeitervertreter? Und das sagt so einer, so ein Rotschnepper. Lange muß sich erst sammeln. Aber dann packt er zu. Mit einer schnellen Bewegung hat er Habersaath am Kragen und schwingt ihn herum. Doch ebenso schnell mischen sich vier oder fünf andere ein und reißen die beiden auseinander.

Der geht aber ran!“ schnauft ein Obmann. „Ne, Kollegen, haut euch doch nicht noch!“ „Dazu sind wir auch nicht hergekommen, aber nu peckt doch endlich eure Klamotten zusammen und kommt mit.“

„Kollegen, so kann es doch nicht weitergehen. Ihr müßt doch auch an die draußen an der Front denken, und an die, die sie erst wieder eingezogen haben. Ihr könnt doch auch jeden Tag wieder rankommen...“ Der breite, ein wenig schwerfällige Laikant, dem

die Worte nur langsam von den Lippen kommen, findet die richtigen, überzeugenden Sätze.

Die Schmiede werden schwenkend. „Na ja, von allein wird nischit!“

„Das stimmt schon, uns kann's auch treffen!“

„So geht's auch nicht mehr weiter!“ „Willem, nu' komm' man schon mit!“ versucht einer den Kollegen Lange, der nach hinten abgedrängt worden ist, zum Anschluß zu bewegen.

„Wenn ich den kriege, ich hau' ihm die Knochen kaputt!“

„Nu' komm' man schon, die AEG. Ackerstraße macht auch mit!“

„Macht was ihr wollt, ich geh' nach Hause!“

Lange geht in den Umkleideraum hinüber. Auch die anderen fangen an, sich Hände und Arme abzuseifen und machen sich zum Gehen fertig.

Der Fall der Schmiede ist das Signal für das ganze Werk.

Aus allen Abteilungen kommen die Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt heraus und ergießen sich auf die Straße. Nicht alle schließen sich dem Demonstrationzug an. Viele gehen nach Hause. Aber von den zwanzigtausend Menschen, die in den Fabriken die Arbeit niedergelegt haben, bleibt die Hälfte beisammen, zehntausend marschieren an den Mietskasernen des Berliner Nordens vorbei. Noch keine sieghafte Armee der Revolution, eine lange graue Masse zieht durch die Ackerstraße und drückt sich in der belebten Invalidenstraße an der einen Häuserseite entlang, bemüht, den noch immer normal funktionierenden Verkehr nicht zu stören. Beurlaubte Feldgrauen schließen sich an. Rote Fahnen tauchen auf. Vor der Spitze gehen Frauen und Kinder her mit Plakaten, die an die Soldaten appellieren:

„Brüder, nicht schießen!“

„Wir wollen Frieden!“

Und im Süden ziehen die Arbeiter aus den Daimler- und Stockwerken durch Tempelhof. Im Osten sind der Flugplatz Adlershof und

der durch einen Schienenstrang verbundene Flugplatz Johannisthal zu unüberschaubaren Heerlagern der Revolution geworden. Aus den benachbarten Industrievororten kommen immer neue Scharen an, in die die Obleute langsam Ordnung und Bewegung bringen.

Im Nordwesten haben die Arbeiter des großen Siemensunternehmens die Betriebe verlassen und stehen — eine einzige quirlende schwarze Fläche — auf dem weiten Werkshof. Von einem Hallendach herunter hält der einarmige Obmann Globig eine Rede und erklärt den letzten Tag des Kaiserreichs und das Ende des Kapitalismus für gekommen.

In das Kraftwerk Rummelsburg dringt ein Trupp Demonstranten ein, geführt von Primelsack, der heute beim Schichtwechsel nicht angetreten ist. Die Heizer weigern sich, die Feuer auszumachen, auch die in der USP organisierten Heizer sind dagegen. Für den Streik sind sie natürlich, aber im Kraftwerk liegen die Dinge anders, die Elektrizitätswerke sind lebenswichtige Betriebe, erklären sie. Primelsack läuft von einem Feuer zum anderen. Er nennt seine Arbeitskollegen Schlappschwänze, Hornochsen, Bremser, Feiglinge, Verräter; aber es hilft nichts, er bringt nur einen kleinen Teil auf seine Seite.

Die große Menge verharrt in ablehnender Haltung.

Während Primelsack in immer größere Wut gerät und erklärt, daß gerade die lebenswichtigen Betriebe die Hauptsache sind, daß man dieser Ordnung überhaupt die Luft abschneiden muß, hört in der Maschinenhalle plötzlich das Summen der Turbogeneratoren auf.

Die Heizer, die die Tür zur Maschinenhalle öffnen, kennen den Raum nicht wieder, — der gleicht einer riesenhaften Waschküche; aus der Tür, aus den Fenstern quellen dicke Dampfmassen. Und in diesen weißen Nebeln taucht der Maschinist Sült auf und brüllt: „Jetzt wird Schluß gemacht! Kollegen, auf die Führer können wir nicht mehr warten.“ Wilhelm Sült hat die Turbogeneratoren stillgelegt und hat ein übriges getan. Er hat die Ventile des Hauptdampfrohres geöffnet und

die aufgespeicherten Kräfte in den Himmel jagen lassen.

Damit hat er dem ganzen Berliner Osten ein Signal gegeben. Das von Rummelsburg gespeiste Netz ist ohne Strom. Die Maschinen in allen angeschlossenen Betrieben stehen plötzlich still, und die Straßenbahnen bleiben unbeweglich als Verkehrshindernisse und Signale des Aufbruchs auf den Gleisen liegen.

Primelsack drückt Sült die Hand. „Mensch, Wilhelm...“ bringt er nur hervor.

„Schade, daß wir nicht ganz Berlin mit Strom beliefern. Aber komm, wir müssen nach der Kraftstation Schiffbauerdamm und nach Moabit!“ entgegnete Sült.

Der Zug im Norden hat die Chausseestraße erreicht.

Gegenüber der Moikferkaserne marschieren die Massen auf. Dicht an die Häuser gedrückt nehmen sie in der ganzen Ausdehnung des Kaserneblocks Aufstellung. Sie starren über die Straße zu den Mannschaftsstuben hoch.

Die Tore der Kaserne sind verschlossen, ihre Fenster mit eisernen Ketten gesichert. Es ist nicht ganz klar, ob die Ketten gegen die Demonstranten angebracht sind oder ob die Soldaten verhindert werden sollen, die Kaserne zu verlassen.

Dann sieht man Gewehrläufe aufragen — aus den Kellerschächten, aus den Schießscharten der Tore. Und oben auf der Plattform sind Maschinengewehre aufgebaut.

Die Soldaten an den Fenstern haben Stahlhelme auf.

Die Demonstranten winken. Einige rufen hinüber:

„Kameraden...“

„Nicht schießen!“

„Wir wollen Frieden machen!“

„Schluß jetzt mit dem Krieg!“

Wenn ein Soldat seine Hand hebt und zurückwinkt, heben sich auf der Seite der Demonstranten Hunderte von Armen und Hochrufe werden ausgebracht.

(Fortsetzung folgt.)

So geht die Rechnung glatt auf

Ein größeres Werk des Solinger Bezirks, das hauptsächlich billige Taschenmesser für Export und den Markt herstellt, will bei der wahrhaft „christlichen“ Haltung ihrer Inhaber nichts unversucht lassen, die Arbeitslosigkeit zu mindern und, getreu den Notverordnungen ihres Glaubensgenossen Papen, „Arbeit und Brot“ verschaffen. Kaum ist es heraus, daß pro Jahr und neu eingestellten Arbeiter ein Reichszuschuß von 400 Mark gezahlt wird, schon wird die Zahl der Arbeitskräfte entsprechend erhöht. „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, diesen Satz parodieren die gläubigen Inhaber der betreffenden Firma dahingehend: Plott heron, ihr eben schuldenlosen Jungen und Mädchen, für euch ist Arbeit da, damit ihr von der Strafie kommt und „Geld verdient“. Diesen Kindern zahlt man nun an Stundenlohn 16 — sechzehn — Pfennige, oder bei 40 stündiger Arbeitszeit wöchentlich 6,40 RM., für das Jahr also 332,80 RM.

Das heißt also: der Staat zahlt pro Nase 400 RM., die Firma gibt dafür an Lohn aus 332,80 RM., also bleibt ein Extraüberschuß von 57,20 RM. Dies Geschäft ist rentabel.

Die Wirtschafts- und Gewerkschaftsseite befindet sich heute aus technischen Gründen auf der bräunlichen Seite der Beilage

Dafür sorgt der christliche Herr von Papen, der „das Gesetz darum gegeben hat, auf daß es erfüllt werde“.

Es versteht sich von selbst, daß neben dieser wahrhaft christlichen Gesinnung die patriotische nicht zu kurz kommen darf. Als vor einem halben Jahre die Erhöhung des englischen Einfuhrzoll für die Solinger Schneidwarenindustrie vor die Entscheidung stellte, entweder durch Verminderung des Profits und damit der Preise nach wie vor England liefern zu können, zog besagte Firma es vor, ihre Maschinen nach England zu schaffen und dort unter Leitung einiger hiesiger Facharbeiter weiter zu produzieren. Wer will nun noch behaupten, daß die Unternehmer und Beherrscher der Wirtschaft nicht patriotisch und „christlich zugleich“ sind?

Öffentliche Metallarbeiterversammlung

Bremen. Da die Bürokratie keine Mitgliederversammlung abhält, veranstaltete die KPD eine eigene. Von den 10 000 Mitgliedern des Verbandes erschienen aber nur ganze 40 Mann und darunter noch einige SAP-Genossen. Unter dem Eindruck dieser Tatsache wurden die Argumente unserer Genossen aufmerksam entgegengenommen. Genügend Anlaß für die RGO-Führer eine wüste Hetze gegen unseren

Genossen Busch zu entfalten. Insbesondere wurde jeder Versuch, die Gewerkschaftsführer zu zwingen, als konterrevolutionär und opportunistisch abgetan. Das hielt die Vorsammlungsleitung aber nicht ab, zum Schluß Listen zu verteilen, in denen durch namentliche Unterschrift die Ortsverwaltung des DMV aufgefordert wurde eine Mitgliederversammlung zu veranstalten. Die Konfusion ist bei der KPD so groß, daß sie gar nicht merkt, wie sie in der Praxis „Zwingt die Bonzen“ übt.

Unsere Aufforderung nach gemeinsamer oppositioneller Zusammenarbeit beantworteten sie dahin, wir wollen wohl mit euch gemeinsame Sitzungen machen, aber die Taktik lassen wir uns von euch nicht vorschreiben. Echt KPD. Kommentar überflüssig.

Vertreter-Versammlung des DMV-Bremen im Abschaffen der Mitgliederrechte voran

Die Sozialdemokraten, die nicht genug über den Abbau der „Demokratie“ zeteren können, bewiesen im Metallarbeiter-Verband, daß sie es noch besser können.

Die Vertreter-Neuwahlen für 1932 wurden ausgesetzt. Der letzten Vertreter-Versammlung lagen Anträge vor, in einer allgemeinen Mitglieder-Versammlung Bericht vom Verbandstag zu erstatten. Diese Anträge wurden mit 50 gegen 40 Stimmen abgelehnt. Über 100 Kollegen enthielten sich der Stimme. Das, obwohl der SAP nur 3 Ver-

Achtung! Achtung!

An alle Einzelbezieher!

Das Bezugsgeld für Oktober ist fällig! Pünktliche Bezahlung sichert pünktliche Lieferung der SAZ. Alle Zahlungen sind zu richten an Waller Geburl, Breslau 6, Postscheckkonto 75 789.

SAZ-Geschäftsleitung.

treter angehören. Zum Bericht vom Verbandstag nahm der Kollege Busch (SAP) Stellung. Er legte eine Resolution vor, die den ADGB aufforderte, sofort mit allen politischen, proletarischen Parteien Verhandlungen einzuleiten zum Zwecke der Aufstellung eines Mindestprogrammes zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz der Werktätigen. Die Durchführung dieses Programms muß durch Einsetzung der ganzen außerparlamentarischen Kampfkraft der Arbeiterklasse erzwungen werden. Dafür stimmten 12 Kollegen, dagegen 50. Die Kommunisten, die in der Debatte zur Resolution kein Wort gesagt hatten, enthielten sich mit den Uebrigen der Stimme. Wahrscheinlich fehlte die Anweisung.

Kleine Sportnachrichten

Ausschreibung

zu dem am 13. November, 18 Uhr, im Breslauer Hallenschwimmbad stattfindenden Schwimmfest der freien Schwimmer Breslau e. V.

1. 6 x 50 m Freistilstaffette für Männer. 2. 100 m Brustschwimmen: a) weibl. Jugend. b) Frauen. 3. 10 x 25 m Bellebigstaffette für Knaben. 4. 100 m Brustschwimmen für männl. Jugend: a) 14—16 Jahre. b) 16—18 J. 5. 100 m Rückenschwimmen f. Männer. 6. 6 x 25 m Bellebigstaffette für Mädchen. 7. Kunstschwimmen. 8. 3 x 100 m Lagenstaffette: a) weibl. Jugend. b) Frauen. 9. 100 m Freistilschwimmen: a) männl. Jugend 14—16 Jahre, 16—18 Jahre. b) Männer. 10. Springen: Nr. 23, 45, 85 H. A. W. O. und 1 Körperung. 11. Wasserscherbe der Kinder. 12. 6 x 50 m Bellebigstaffette der männlichen Jugend. 13. 100 m Brustschwimmen für Männer. 14. 50 m Paddeln für Männer über 30 Jahre (25 m kopf, 25 m fußwärts). 15. Kegeltauchen. 16. 4 x 100 Lagenstaffette für Männer. 17. Figurenlegen. 18. Wasserball (2 Spiele).

Die Wettkämpfe werden nach der A. W. O. ausgetragen und sind offen für alle dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Mitglieder. Schwimmbahn 25 m, Startspring und Drehwende. Aufstehwende nicht gestattet. Zwei 1 m und ein 3 m Stahlbrett vorhanden; Federung normal. Wassertiefe unter den Brettern 3 m.

Zu Einzelkämpfen zwei, zu Staffetten eine Meldung zulässig. Meldeschluß 25. Oktober, Meldeöffnung 26. Oktober, 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Kampfleiter sind mitzumelden, Stoppuhren mitzubringen. Meldungen sind zu richten an: Erich Strietzel, Breslau 13, Auguststr. 70.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Breslau

Sonntag den 16. Oktober, Autofahrt in das Münsterberger Bergland. Preis 1,70 Mk. Abfahrt 6 Uhr Ring. Karten sind erhältlich bei den Gen. Lindner, Försterstr. 1 und Koch, Grimmstr. 12.

Wochenbericht der Naturfreundejugend

Sonntag, 8. 10. Tanzkreis Luiseenschule, Kirchstr., 20—22 Uhr.
Sonntag, 9. 10. Fahrt nach Zobten. Treffpunkt für Bahnfahrer 6 Uhr Hauptbahnhof, Hauptgang an der Sperre. Für Radfahrer 5.30 Uhr Laurentienplatz (Wertheim-Ecke).
Mittwoch, 12. 10. Heimabend pünktlich 19.30 Uhr in der Matthiaskunst. Thema: Fahrtenergebnisse. Gäste willkommen.

Arbeiter-Rede u. Kraftfahrers-Bund „Solidarität“

Ortsgruppe Brockaus/Tachensch.
Sonntag, 9. 10. Fuchsjagd. Treffpunkt 13.15 Uhr im Vereinslokal bei Taube. Gelände wird dieselbst bekanntgegeben. Freitag, 14. 10. 20 Uhr, Vereinsversammlung bei Taube.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiterverband

Städtische Betriebe: Mittwoch, den 12., 19.30 Uhr Zimmer 5.
Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen: Freitag, den 14., 19.30 Uhr Zimmer 10.
Schmiede und Kesselschmiede: Sonntag, den 16., vormittags 9.15 Uhr, bei Schubert, Leuthenstr. Wichtigste Versammlung.
Achtung! Metallarbeiter! Alle Kollegen, die in den Jahren 1902 bis 1905 dem Verband beigetreten oder übergetreten und Invaliden sind, müssen sich zur Erledigung ihres Rentenanspruches mit dem Mitgliedsbuch und dem Rentenbescheid der Landes-

versicherung bald im Verbandsbüro melden. Voraussetzung für die Gewährung der Invalidenrente ist, daß die in Frage kommenden Kollegen ab 1. 1. 1929 bis zum 1. 1. 1933 gerechnet, 208 Vollen betriebe oder solche der Klasse 3b geleistet haben. Die Ortsverwaltung.

ORGANISATIONSNACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau Kleine Holzstraße 3 Telefon 567 68.

Distriktsversammlungen

Am Montag, den 10. Oktober, finden folgende Distriktsversammlungen statt. Thema: „Aufrüstung und kein Ende.“

- D. 4: Gebauer, Luisenstraße 15; Marschalek.
- D. 5: Drescher, Holleistraße; Rausch.
- D. 6: Glaser, Bergstraße; Eckstein.
- D. 7: Abura, Berliner Straße 82; Oppler.
- D. 8: Schirozok, Frankfurter Str. 17; Seewald.
- D. 16: Görlitz, Mehlgasse 52/54; Meder.
- D. 18/22: Sander, Matthiasstraße 146; Döblitz.
- D. 21: Kienner, Kreuzstraße 44; Rosenstein.
- D. 23/39: Torchalla, Gellhornstraße 21; Pietsch.
- D. 26: Eisenbahn, Brüderstraße 79; Kirstein.
- D. 27: Cichos, Königgrätzer Straße; Grzhmole.
- D. 28: Hauff, Weidendamm; Schwarz.
- Stadtteil Südost: Heim, Meikelstraße; Pfaff.

Dienstag, den 11. Oktober:

- D. 2: Ullrich, Viktoriastraße 42/44; Kirstein.
- D. 12: Büro, Kleine Holzstraße; A. Klone.
- D. 11: Hahn, Hildebrandtstraße 9; Fr. Pietsch.
- D. 29: Thiel, Bahnhofstraße, Ecke Palmstraße; Rosenstein.

Arbeitsausschüßsitzung der PKG Mo. 18 Uhr, Kl. Holzstr. 3.

Stadtteilleiter u. Kartenvertriebsleute vom Ohlau-, Strehlener- und Sandtor, Schatznig, Söden und Innere Stadt Mo., 18 Uhr, im Sekretariat.

Die Unterschriftenlisten für den Kreiswahlvorschlag zur Reichstagswahl sind sofort im Parteibüro abzuliefern.



Sekretariat, Kl. Holzstr. 3
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Arbeiterkinderfreunde, Abteilung III, Odertor, Sandtor. Achtung! Nefz I u. II. Sonntag: früh 8 Uhr, im Heim, Morgenspaziergang. Wir sind Mittag w. oder zurück.

Monatliche Jugend. Die Waldenburgfahrer treffen sich Sonnabend, 16.45 Uhr, am Neumarkt („Weiße Haus“). Allen in weißen Hemden und rotem Binder. Wer von der monatlichen Jugend erwerbslos ist, bzw. Zeit hat, ist um 16 Uhr Grünstr. zum Abtransportieren der Sachen, die mitgenommen werden.

STADTHEATER

Sonntags, 20—gegen 22.10
Abend-Vorl. u. 1

Mister Wu

Von 15—17.45
(Ermäßigte Preise)

Zar und Zimmermann

20—gegen 21
Der fliegende Holländer

Der Zarewitsch

Montag, 20—gegen 23

LOBETHEATER

Täglich, 20.15—22.40 Uhr

Die endlose Straße

Sonntag, 15.30—17.35 Uhr

Spiel im Schloß

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Täglich 20.15—22 Uhr

Der Tiefstapler

Breit stellt verleiht sie ab
anzug oder mantel
günstig auf maßbar für
22.- 22.- 16.- rm.

b. k. v.
nl.; Orlatzstr. 6
5. haus vom königsplatz
nach dem bürgerweider

Besucht das „Proleton“

Arbeiter-Sport-Karteil

„Bürgergarten“ Oswitz

im Saale
im Garten

Jeden Sonntag Tanz
Freikonzert und Freitanz
Big-Band Orchester und
Wortspiele

„Gesellschafts-Grüßchen“

früher Hof & Goethe
Ist. Fritz Schwabitzky

Sonntag TANZ

Postale Klubs Bier Vorzüg. Speisen. Verlesen bei. möglich

In den „Jägerhof“

Grüßchener Straße 121/122
Spezialität der guten Engelhardtbiere

Montag, 17. Oktober, 20 Uhr
großer Konzerthausaal

2. Abonnement-Konzert

der Schlesischen Philharmonie
Dir.: Prof. Dr. Bohrn / Sol.: Währan-Wien (Klavier)
Brahms, Mozart, Strauß

Karten auch für den am Mittwoch, 12. Oktober im
Schloß-Platz stattfindenden Kammermusik-
Abend in der Geschäftsstelle (Stadtheater)

Genossen!

Kauft nur im

„Fahrradhaus Sieg“

Neumarkt 19 (Kinosseite)

Sieg ist das leistungsfähigste
Haus Breslaus

Genossen und Gewerkschafter 5% Sonderrabatt

Breslau badet sich gesund im

Mauritius-Bad

Klosterstraße 50, gegenüb. Bräuerkloster

Wannenbäder und sämtliche med. Bäder
zu billigsten Preisen

Erwerbslose erhalten besondere Ermäßigung!

Annahme sämtlicher Krankenkassen

Stammhaus der Brauerei C. Kipke

Inh.: Leo Umer — Tel. 515 62
Friedrich-Wilhelm-Straße 6

Fleischerei und Werstfabrik

Hermann Kipke
Frankfurter Straße Nr. 174

Gaststätte

Angenehmer Familienaufenthalt

Dein Geld wird wertvoller
von Tag zu Tag!



Bring' dein Geld
ZUR STADT-SPARKASSE
ZU BRESLAU/
Dort sparst Du sicher und
gewinnst Zinsen

Das führende Haus Betten-Haus & Becker

ORDENSPALANDE GROSSES HAUS FÜR BETTEN U. SCHLAFZIMMERBETTEN
Aupferdenmeister. 4. Direktanlieferung

Genossen und Genossinnen!

Welcher Geschäftsmann legt Wert
auf Eure Kundschaft und Euer Geld?
Nur der, der bei uns inseriert,
deshalb kauft nur bei unseren Inserenten!

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau, Inserate:
Herbert Scholz, Breslau, Verlag: „Sozialistische
Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky
AG., Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe.
Telephon 206 02.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe
Telephon 206 02.

Bezugspreise: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und
RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen
RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter
Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto
monatlich.

Städtisches EW zum Streik bereit!

Die Belegschaftsversammlung der Städtischen Elektrizitätswerke Breslau nahm, nach einem Bericht über die Arbeit des Betriebsrates im letzten Halbjahr, Stellung zu dem, von der Regierung Papen verlangten Lohnabbau von 3 und 6 Pf. pro Stunde. Der Vertreter des Gesamtverbandes berichtet über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen mit dem Magistrat, der folgenden Vorschlag zum Lohnabbau gemacht hat: Die Angleichung der Löhne an die der Reichsarbeiter wird durchgeführt, aber der Magistrat gibt von sich eine Gruppenzulage von 75 Prozent des abgezogenen Betrages. Dieses Angebot des Magistrats haben die Arbeiter abgelehnt, da sie der Auffassung sind, daß auch der kleinste Lohnabbau unerträglich ist.

In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen. Alle waren der Auffassung, jeden Lohnabbau mit dem Streik zu beantworten und richteten an die Belegschaft die Aufforderung, alles zu tun, um die Vorbereitungen zur Durchführung des Kampfes zu treffen. Es wurde folgende Entschliebung von der überfüllten Versammlung einstimmig angenommen:

Die Belegschaftsversammlung der Städtischen Elektrizitätswerke, Breslau, am Freitag, dem 7. Oktober, schließt sich vollkommen dem Beschluß der Arbeiter der Rohrnetzbetriebe an. Die Löhne der städtischen Arbeiter sind durch die mehrfachen Lohnreduzierungen derart niedrig, daß kein Pfennig weiterer Lohnabbau mehr hingenommen werden kann. Dementsprechend lehnt die EW-Belegschaft auch jedes Kompromiß ab und beschließt, gegen jeden, auch den geringsten Lohnabbau sofort in den Streik zu treten.

Zum Schluß wurde noch eine Kommission gewählt, die die notwendigen Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung des Kampfes zu leiten hat.

„Im Rahmen der Statuten und Gewerkschaftsbeschlüsse“

Zickzack und Unehrllichkeit der KPD-Gewerkschaftsarbeit

I. R. In einer Breslauer Metallarbeiter-versammlung im September waren die anwesenden KPD- bzw. RGO-Mitglieder bei einem SAP-Genossen hören mußten, daß es eine KPD-Parole gibt: „Diese kommunistische Gewerkschaftsarbeit vollzieht sich im Rahmen des Statutes und der Beschlüsse der betreffenden Gewerkschaften“. Ueber diese Tatsache werden nicht nur die Breslauer KPD-Anhänger erstaunt sein, auch im übrigen Reich werden viele, ja die meisten KPD-Mitglieder sich in dem Glauben befinden, eine solche Auffassung werde von ihrer Partei als reformistisch oder sozialfaschistisch und als der echte „Renegaten“-Standpunkt abgelehnt und bekämpft. So haben sie es in den letzten Jahren ja auch oft genug von den KPD-Führern à la Remmele, Dahlem, Heckort usw. gehört.

Aber es ist keine böswillige Erfindung von uns, sondern der zitierte Satz findet sich in der „Inprecorr“ vom 12. Juli d. J. Dort sind Beschlüsse der Kommunistischen Internationale über die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften abgedruckt, die — im Jahre 1926 auf der II. KJ-Organisationskonferenz gefaßt wurden, als man von Moskau aus eine Revivierung des antigewerkschaftlichen Kurses der Rot-Fischer-Zentrale vornahm. Diese Beschlüsse wurden, wie in einem Begleitartikel in der „Inprecorr“ vom 12. Juli festgestellt wird, niemals aufgehoben, und sie wurden auf einer erneuten Organisationskonferenz der Komintern in diesem Sommer erneut gefaßt. Den Sektionen der KJ und den Mitgliedern der Kommunistischen Partei wird aber in dem „Inprecorr“-Artikel der Vorwurf gemacht, daß sie diese Beschlüsse über die innergewerkschaftliche Arbeit und über das Arbeiten im Rahmen der Gewerkschaftsstatuten fälschlicherweise vernachlässigt hätten.

Es ist bezeichnend, daß das Gros der KPD-Mitglieder von diesen im Juli ergangenen Anweisungen der KJ gar nichts oder kaum etwas weiß und daß die KPD-Leitung, die sonst pringt, wenn aus Moskau gepfeifen wird, die ausdrückliche Aufforderung, die Beschlüsse von 1926 wieder mehr zu betonen und den Mitgliedern in den Einzelheiten bekannt zu geben, so wenig beachtet hat. In keiner KPD-Zeitung wurde dieser Organisationsbeschuß veröffentlicht. Die KPD hat den RGO-Kurs der Gewerkschaftsspaltung jahrelang mit solchem Nachdruck verfolgt und den antigewerkschaftlichen Stimmungen vieler ihrer Anhänger aus persönlichen Motiven in einem solchen Maße nachgegeben, daß sie schließlich doch davor zurückschrecken muß, mit demselben Pathos wie bisher das soeben noch Verworfenen als das einzig Richtige und Beste hinzustellen.

Es ist aber ebenso bezeichnend, daß die Leiter der Kommunistischen Internationale ihre auf Grund der offensichtlichen Einflußlosigkeit der KPD in der Auslösung und Durchführung der heute notwendigen außerparlamentarischen Kämpfe erfolgte Anweisung nicht als eine Schwenkung, sondern als die Betonung von schon immer Gültigem hinstellen. In Wirklichkeit wissen sie ebenso gut wie die Leiter der KPD, daß die von der KJ gedeckte Praxis der Kommunisten in Deutschland sowie auch in den anderen Ländern in den letzten Jahren das genaue Gegenteil von dem war, was die Beschlüsse des Jahres 1926 besagten.

Diese Methode zeigt die ganze Verantwortungslosigkeit der KPD- und der Kominternführung gegenüber der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern. Die Frage, ob in den bestehenden Gewerkschaften und daher auch im Rahmen ihrer Statuten und Beschlüsse gearbeitet werden muß, oder ob der revolutionäre Teil der Arbeiterschaft sich in eigenen, sich revolutionär nennenden Gewerkschaften von dem übrigen Teil absondern soll, ist so schwerwiegend, daß man darüber nicht mit solchen Floskeln hinweggehen kann.

Die Durchführung des jetzt erneut gefaßten Beschlusses der Komintern bedingt die vollständige Preisgabe und

sofortige Liquidierung des ganzen RGO-Kurses.

Rote Betriebsratslisten außerhalb und gegen die freigewerkschaftlichen Listen sind unvereinbar mit den „Statuten und Beschlüssen der Gewerkschaften“.

Eigene Kampfleitungen mit allem Drum und Dran der RGO-Politik neben und gegen die Gewerkschaften stehen ebenfalls im schärfsten Widerspruch mit dem Komintern-Organisationsbeschuß.

Nur eines oder das andere kann gelten, aber nicht beides zugleich. Andernfalls müssen sich die KPD-Mitglieder bei ihrer Arbeit in dauerndem Widerspruch befinden, wie das heute der Fall ist.

Eine Partei, die Avantgarde zu sein beansprucht, kann und darf ihren eigenen Mitgliedern und Anhängern keine Mätzchen vormachen; sie muß eindeutige, mit der Praxis im Einklang stehende Beschlüsse haben und braucht, um ihre Aufgabe zu erfüllen, klar sehende und gründlich geschulte Mitglieder. Das hier angeführte Verhalten der KPD- und Komintern-Führer in der Gewerkschaftsfrage ist ein neuer Beweis dafür, daß die KPD und die Komintern weit davon entfernt sind, den Anspruch auf die Führerschaft in der Arbeiterbewegung erheben zu dürfen.

Wir halten es mit den Worten Lenins, der oftmals in seinen Reden und Aufsätzen betont hat, daß eine Partei noch nicht die Führerrolle hat, wenn sie das in Reden beteuert und beansprucht, sondern daß diese Rolle durch die Praxis erworben werden muß. Die KPD-Anhänger sollten, soweit sie die Arbeit in den Gewerkschaften ernst nehmen, an Hand des hier gelieferten neuen Beweises für den Zickzack-Kurs und für die Unehrllichkeit und Verantwortungslosigkeit der KPD-Führer endlich die Konsequenzen ziehen und anstatt immer wieder von oben, von der Leitung, die notwendige Schwenkung zu erhoffen, selber aktiv auftreten und Klarheit und Kursrevidierung erzwingen. Die SAP-Mitglieder aber ersehen hieraus erneut, welche gewaltige Aufgabe gerade sie in der deutschen Arbeiterbewegung zu erfüllen haben.

Ein halbes Jahr Streik in Herford

Unternehmerkniffe — Streikbrechergewerbe

In der Herforder Eisen- und Blechwarenfabrik Fr. Streuber steht seit Mitte März die Belegschaft von 250 Arbeitern im erbitterten Kampf um ihre nackte Existenz. Die Vorgeschichte des im 7. Monat währenden Streiks beleuchtet die raffinierte Profit- und Ausbeutungsmethode eines Unternehmers, der in der Umgehung arbeitsrechtlicher Bestimmungen eine besondere Fertigkeit entwickelt hat.

Bis Anfang dieses Jahres zahlte die Firma Fr. Streuber Tariflöhne. Dann trat sie, um sich den tariflichen Verpflichtungen zu entziehen, aus dem Arbeitgeberverband der Gruppe „Metall“ aus und schloß sich der Gruppe „Gemischte Betriebe“ an. Es erfolgten zahlreiche Entlassungen, die mit „Arbeitsmangel“ begründet wurden. In Wirklichkeit ging die Praxis dieses sogenannten Belegschaftswechsels dahin, daß für jeden Tarifarbeiter ein Untertarifarbeiter eingestellt wurde, und zwar ging man dabei individuell vor. Man sah sich die Arbeiter genau an und stellte nur diejenigen ein, von denen man den Eindruck gewann, daß sie sich jedem Lohndiktat fügen würden, was in vielen Fällen schon deshalb gelang, da sie ein bis eineinhalb Jahre bereits auf der Strafe lagen. Das Lohndiktat sah einen Abbau der Spitzenlöhne von 68 auf 65 Pfg. vor, wogegen in den unteren Lohnklassen noch ein erheblich größerer Abbau vollzogen wurde.

Die Lohnbewegung im Berliner Kraftdroschkengewerbe

Die seit April dieses Jahres für das Berliner Kraftdroschkengewerbe gültigen Tarifverträge sind von den Unternehmern am 30. September gekündigt worden. Die Arbeitsgemeinschaft der Berliner Kraftdroschkenbesitzerverbände (Kleinbesitzer) glaubt den Zeitpunkt für gekommen, von jeder tarifvertraglichen Bindung loszukommen, während die „Vereinigung Berliner Kraftdroschken-Großbetriebe“ (Krafttag) ihre Bereitwilligkeit, einen Tarifvertrag abzuschließen, erklärt hat.

Die Krafttag ist mit ihren 1500 Wagen, von denen die Hälfte still liegt, das größte Droschkenunternehmen Berlins und damit für die Branche der Kraftdroschkenfahrer im Gesamtverband von ausschlaggebender Bedeutung. Neben dem mit der VBKG abgeschlossenen Tarifvertrag lief bei der „Krafttag“ ein Betriebsabkommen, das auf Grund eines Konzernversammlungs-Beschlusses folgendermaßen geändert werden sollte: 25% der Bruttoeinnahme und RM. 2,50 pro Tag Festlohn; RM. 4,00 Garantielohn bei täglicher Verrechnung. Die Verhandlungen der Vertreter des Gesamtverbandes mit der Ver. Berl. Kraftdr.-Großbetriebe scheiterten. Darauf beschloß der Betriebsrat, eine Kommission aus 2 Freigewerkschaftlern, 2 RGO-Leuten und 1 Nazi mit der Verhandlung mit der Direktion der Krafttag zu beauftragen. Auch diese Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da die Vertreter der Direktion es ablehnten, auf die Forderungen der Fahrer überhaupt einzugehen. Der Vorschlag der Direktion lief darauf hinaus, die bestehenden Betriebsvereinbarungen bestehen zu lassen mit der Einschränkung, den Garantielohn auf 2,50 RM. herabzusetzen. Das durch die Benzinzollerhöhung verleierte Benzin sollte wie vorher vom Fahrer bezahlt werden.

Am Sonntag, den 2. Oktober, fand eine neue Konzernversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Bergmann vom Gesamtverband gab den Bericht über die Verhandlungen mit der Vereinigung der Berliner Kraftdroschken-Großbetriebe und legte die Entscheidung über die Verhandlungen in die Hände der Kollegen. Anschließend gab der Betriebsrat Zunk (RGO) den Bericht der

Verhandlungen des Betriebsrates mit der Krafttag über die Betriebsvereinbarungen. Die Verhandlungen hatten zu keinem Ergebnis geführt. Da die Entscheidung mündlich zwischen Streik oder Verhandeln, so sei Streik die Entscheidung. Von den Nazis sprach als Vertreter F. Schulz, der ebenfalls mit zur Verhandlungskommission gehört. Er erklärte, daß er von der Reichsleitung der NSDAP die Befugnis habe, sich dem Streik anzuschließen, wenn die Mehrheit des Betriebes den Streik beschließen sollte. Die Konzernversammlung lehnte den Vorschlag der Firma, den sogenannten Benzinzoll, einstimmig ab. Der Betriebsratsvorsitzende Hesse forderte von der Versammlung daß sie den freigewerkschaftlichen Betriebsobleuten den Auftrag erteilen solle, um alle Kampfmaßnahmen für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu treffen. Dieser Antrag wurde bei zweimaliger Abstimmung mit großer Majorität angenommen. Der RGO-Mann Brocke forderte daraufhin, daß nicht nur der Gesamtverband die Führung haben soll, sondern alle beteiligten Gruppen, also auch die RGO und die Nazis. Hesse erklärte darauf, daß er mit Nazis zusammen nicht in der Streikleitung sein könne. Der Antrag der RGO war für ihn ein Anlaß, um sich vor der Verantwortung für den Streik zu drücken. Denn als der Antrag dennoch mit Mehrheit angenommen wurde, lehnte er es ab, weitere Kampfmaßnahmen zu ergreifen.

So richtig es ist, die Nazis aus der Kampfleitung auszuschließen, weil sie ja nur versuchen, durch dieses Manöver weiteren Boden in den Reihen der Arbeiterklasse zu gewinnen, so sehr zeigt dieses Vorkommnis auch wieder, daß die RGO den Reformisten immer wieder die besten Dienste erweist. Wären die Mitglieder der RGO Mitglieder des Gesamtverbandes, dann hätte Hesse Farbe bekennen müssen, und es wäre ihm nicht möglich gewesen, sich mit einem solchen Manöver aus der Schlinge zu ziehen. Die Kollegen des Gesamtverbandes müssen sich nun im Interesse aller Kraftdroschkenfahrer gegen die Methode von Hesse wenden und durchsetzen, daß der Gesamtverband sich bereit erklärt, den Kampf zu führen.

Gegen Papen-Lohnraub Kampf der städtischen Angestellten

Die am 21. 9. 32 vom Betriebsrat des Bezirksamtes Berlin-Mitte einberufenen Betriebs-Vollversammlung konnte seinerzeit wegen Störungen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden und ist deshalb zum 6. 10. 32 erneut einberufen worden. Der Besuch der Versammlung war ein außerordentlich starker. Die Referenten, und zwar vom Zentralverband der Angestellten und vom Gesamtverband hatten in der vorigen Versammlung einen äußerst schweren Standpunkt, da sich in der Diskussion zirka zehn oppositionelle Diskussionsredner zu Worte gemeldet hatten.

Die jetzige Versammlung versuchte die Diskussionsredner der Kommunistischen Be-

triebszelle zu einem Kesseltreiben gegen die SAP-Genossen auszunützen, sie sind jedoch nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die einzelnen SAP-Diskussionsredner widerlegten in streng sachlicher Form die unsinnigen, zum Teil direkt persönlich gemeinen Angriffe der KPD auf den der SAP angehörenden Betriebsratsvorsitzenden. Das Schwergewicht ihrer Ausführungen legten jedoch die SAP-Redner darauf, klarzulegen, daß und wie der Kampf gegen Lohnraub und Tariflockerung geführt werden muß. Dementsprechend nahm zum Schluß die Versammlung nachstehende von unseren Genossen eingebrachte Resolution an:

„Die Betriebsvollversammlung aller Arbeiter und Angestellten des Bezirksamtes Mitte erblickt in der letzten Notverordnung und in ihren Auswirkungen einen Volksbetrug. Die Versammelten fordern:

1. Außerparlamentarischen Kampf aller Arbeiter und Angestellten in allen Betrieben und allen Teilen des Reiches gegen die einseitige Bevorzugung der begüterten Schicht durch die Papennotverordnung.
2. Bei den kommenden Reichstagswahlen den Arbeiterblock von Gewerkschaften, SPD, SAP und KPD.
3. Arbeitsentlastung durch Einstellung von Angestellten.
4. Größerer Schutz der Angestellten gegen organisierte Ueberfälle während der Arbeitszeit.
5. Ausbau der sozialen und sanitären Betriebsseinrichtungen.
6. Sofortige Bearbeitung aller vorliegenden Eingruppierungsanträge wegen der Neuorganisation der Berliner Verwaltung.“

Holländische Vergeltungszölle

Als Antwort und Abwehrmaßnahme auf die deutsche Einfuhrsperre (Kontingentierung) gegen holländische Agrarprodukte (Gemüse) plant jetzt die holländische Regierung die Erhöhung der Zölle auf deutsche Industriefabrikate um 30 Prozent.

Für die deutschen Arbeiter Erhöhung der Lebensmittelpreise und Steigerung der Arbeitslosigkeit, das ist das Ergebnis der „christlichen“ Papenpolitik.

Neuerdings scheint durch gemeinsames Vorgehen der KPD und SAP (Warum nicht auch SPD?) eine entscheidende Wendung des Kampfes eingetreten zu sein; wie er ausläuft, bleibt abzuwarten. D. d.

Helden des unterirdischen Rußlands

Valerian Ossinskys Leben und Ende

Ich erkundigte mich nach Ossinsky. Man sagte mir, daß er zu einem seiner Freunde gegangen sei, aber unfehlbar binnen kurzem erscheinen werde.

Wirklich betrat er eine halbe Stunde später das Zimmer, in der von einem eleganten schwarzen Handschuh umschlossene Hand den Hut mit der Ordonanzkordone haltend, welche er absichtlich als eine Art von Geleitbrief trug.

Ich ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand und hielt die seine für einen Augenblick in der meinen, da ich den Blick von seinem Antlitz nicht abwenden konnte.

Er war sehr schön. Schlank, wohl proportioniert, stark und biegsam wie eine Stahllinge. Der blonde und ein wenig zurückgeworfene Kopf hielt sich prächtig auf dem schlanken und nervigen Hals. Die hohe und weiße Stirn war an den etwas schmalen Schläfen von bläulichen Adern durchzogen. Er kam aus Kiew, seiner Lieblingsstadt, hatte aber auch sämtliche Hauptstädte Südrußlands durchreist, von wo er uns, da er sämtliche revolutionären Zirkel besucht hatte, Nachrichten über die letzten Ereignisse und Fortschritte brachte.

Es ist unmöglich, seinen Enthusiasmus über die ungeheure Entwicklung, welche der Terrorismus in so kurzer Zeit genommen hatte, zu beschreiben; da seine üppige Phantasie alles übertrieb, versprach er sich ganz unberechenbare Folgen davon. Ich teilte nicht alle seine optimistischen Hoffnungen, doch war es nicht möglich, wenn er sprach, dem Zauber seiner feurigen Beredsamkeit zu widerstehen.

Er war nicht ein Redner im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Aber in seinen Worten lag jene aus der tiefen Ueberzeugung springende Kraft, jene ansteckende Begeisterung, welche sich unwillkürlich dem Zuhörer mitteilt. Der Ton seiner Stimme, der Ausdruck seiner Physiognomie überzeugten nicht minder als seine Worte. Er besaß die große Gabe, aus seinen Zuhörern nicht sowohl Opponenten als vielmehr Alliierte zu machen, welche seinerseits sich selbst zu überzeugen suchten, um seinen Behauptungen zuzustimmen zu können.

Als ich ihn hörte, verstand ich erst, wie wahr gewisse über seinen Namen verbreitete Gerüchte seien.

Am folgenden Tage kam Ossinsky zu mir. Drei oder vier Tage darauf ging ich abermals aus meiner Höhle heraus, um mich nach unserem Zusammenkunftsort zu begeben. Aber ich fand nur ein Abschiedsbriefchen Ossinskys vor, welcher den Tag vorher nach Odessa abgereist war.

Ich sah ihn nie wieder.

Im Frühjahr 1879 wurde er in Kiew verhaftet. Sein Prozeß fand am 7. Mai 1879 statt. Er wurde zum Tode verurteilt. Die Anklage konnte keinen Beweis von irgend welcher Bedeutung zu seiner Belastung vorbringen. Die einzige Handlung, welche ihm die Todesstrafe zubrachte, war die, nach seinem Revolver, welchen er übrigens gar nicht einmal zum Vorschein brachte, gesucht zu haben. Aber die Regierung wußte, daß sie eines der einflussreichsten Mitglieder der terroristischen Partei in ihrer Gewalt hatte und das genügte ihr, um den Richtern sein Todesurteil zu diktieren.

Er vernahm das Todesurteil mit stolzer Stirne, als Soldat.

Die ganzen zehn Tage, welche vom Moment des Verdiktes bis zur Exekution verliefen, war er stets ruhig und von fröhlichem Humor. Er ermutigte seine Freunde und war nicht einen Augenblick niedergeschlagen. Als die Mutter mit seiner Schwester kam, ihn zu besuchen, sagte er ihr, obwohl ihm die Urteilsbestätigung seitens der Regierung bekannt war, daß eine Strafänderung eingetreten sei. Der Schwester aber, einem 16jährigen Mädchen, flüsterte er zu, daß er wahrscheinlich morgen sterben werde, und bat sie, die unglückliche Mutter auf diese Nachricht vorzubereiten. Am Tage vor seiner Hinrichtung schrieb er einen langen Brief an seine Freunde, welcher sein politisches Testament genannt werden kann. Er spricht darin sehr wenig von sich und seinen Gefühlen. Ganz eingenommen von den Angelegenheiten der Partei, entwickelte er darin seine Ansichten über die einzuschlagenden Wege und die zu vermeidenden Irrtümer. Das ist ein Edelstein, den er auf sein Grab setzte und der niemals vergessen werden wird.

Am Morgen des 14. Mai 1879 wurde er mit zwei anderen seiner Genossen, Antonoff und Brantner, zum Tode geführt. In grausamem Raffinement wurden ihm nicht die Augen verbunden und so mußte er an seinen Genossen die wilden Zuckungen, welche er selbst bald erleiden sollte, mit ansehen. Bei diesem schrecklichen Schauspiel schauderte seine ganze physische Beschaffenheit, welche ja niemals dem menschlichen Willen unterworfen werden kann, und der Kopf Valerians wurde in fünf Minuten grau wie der eines alten Mannes. Sein Geist aber blieb ungebeugt.

Der verzagte Gendarm näherte sich ihm und schlug ein Gnadengesuch vor. Verächtlich stieß er ihn zurück, schlug die dargebotene Hand des Henkers aus und stieg allein festen Schrittes die Stufen des Schaffotts hinan. Ein Priester kam, um ihm das Kreuz vorzuhalten. Durch eine energische Kopfbewegung zeigte er, daß er den Herrn des Himmels ebensowenig wie den der Erde anerkennen wollte.

Der Gendarm befahl der Musik der herumstehenden Truppen die „Kamarinskaja“ zu spielen, ein lustiges und obszönes Lied.

Einige Augenblicke noch und Valerian Ossinsky hatte aufgehört zu existieren. (Aus dem Buche: Das unterirdische Rußland. Von Sergius Krwatschinsky.)

Stacheldraht gegen Hungernde

Hunger und Cholera in der Mandchurei

In Charbin best man seit acht Tagen feierhaft an einem doppelten, vier Meter hohen Stacheldrahtverhau, dessen Stärke noch durch eine Hochspannungsgleitung erhöht wird. Gegen den Feind? Ja, gegen die durch die verheerende Ueberschwemmung im Sungari-Becken zur Verzweiflung getriebene Bevölkerung. Fünfzigtausend Tote, eine Million Obdachlose und fünf Millionen, denen die Ernte zerstört wurde, stellen die vorläufige Bilanz der entsetzlichen Plut dar. Hier in Charbin selbst erreicht der Schaden an die 250 Millionen Schilling und für die gesamte Mandchurei gehen die offiziellen Stellen eine Summe von 700 Millionen an.

Hunger und Cholera wüthen grausig unter der kaum mit dem nackten Leben davongekommenen Bevölkerung. Seit Wochen schon kann man keinen Zug nach dem Süden bestiegen, ohne mindestens acht Tage vorher geduldet worden zu sein. In den Bahnhöfen stellen Truppen lange Sanitätskordone auf und zwanzig ärztliche Organe — verumt, als

ob es in den Giftgaskrieg ginge — kontrollieren Ankommende und Abfahrende.

Auf den Straßen sieht man die Hälfte der Bevölkerung mit sonderbaren, angeblich gegen die Cholera schützenden Masken versehen, und es ist kein Wunder, daß die Leute ängstlich werden, da es doch an manchen Tagen gegen 200 Tote gibt. Mit dem leichten Vergehen der Plut in den letzten vierzehn Tagen hat sich die Sache noch verschlimmert, denn in manchen Stadtvierteln strömt das Wasser nicht mehr durch, sondern bildet ungeheure Seen von gelblichgrünem Schlamm, der einen furchtbaren Gestank ausstrahlt.

Die Behörden haben das Baden und Wäschewaschen im Flußwasser strengstens verboten; da man aber nicht verlangen kann, daß die Bevölkerung in den von der Plut umgebenen Häusern bleibt, sieht man Tausende bis an die Knie oder die Hüften im Wasser waten.

Der Wasserstand ist seit dem Höhepunkt nur um ungefähr einen Meter gefallen. Selbst

in den höher gelegenen Teilen Charbins muß man noch die Boote benutzen. Kraitska Ulice, die Hauptstraße der Stadt, ist noch immer unzugänglich. Wo der feuchte Boden aufhört und der trockene anfängt, müssen Fußgänger und Wagen eine mit einem starken Desinfizierungsmittel imprägnierte Strohschicht überqueren.

Unfassbar ist das Elend in den niederen Stadtteilen. Drei und vier Meter hoch steht hier stellenweise das Wasser. Die Chinesenstadt ist buchstäblich unter den Fluten verschwunden. Am gegenüberliegenden Ufer des Sungari, das wesentlich niedriger ist und wo sich die ärmere russische Bevölkerung befindet, hat das Wasser drei Viertel der Häuser weggerissen. Die Tiefe ist dort ungefähr drei Meter und die Strömung sehr stark. Alles, was an Bauten noch aus dem Wasser herausragt, ist vom Verfall bedroht. Gut gehalten hat sich nur die Kirche, in welche die Gläubigen auch heute noch pilgern, allerdings nur mit Hilfe von Booten, die durch einen der Fenster einfahren, da es beim Tor eine zu starke Strömung gibt. Es ist die sonderbarste Andacht, die ich je gesehen habe. Meistens sind es Frauen und alte Leute, die in den leicht schaukelnden Booten vor einem gekreuzigten Knie, dem das Wasser bis an den Hals reicht.

Gleich oberhalb Charbins haben die ganz plötzlich eindringenden Pluten eine andere russische Ansiedlung mit noch tragischerer Wirkung angegriffen. Von den 2000 Einwohnern haben sich kaum 80 gerettet. Noch immer kann man unzählige Leichen von Haustieren und oft auch Menschen heruntertreiben sehen. Bei den Schleppern sah ich den Körper eines an Cholera gestorbenen Mädchens aus dem Wasser ziehen. Die Leiche war in einen Sack gehüllt; das ist die Art, wie sich die Angehörigen der Toten entledigen, um den strengen Sanitätsmaßnahmen zu entgehen.

In der Stadt haben sich gegenwärtig an hundertfünfzigtausend Flüchtlinge aus der näheren Umgebung angesammelt. Ihr Schicksal ist das denkbar traurigste. Ihre Behausungen sind zerstört, ihre Geräte und geringen Habschaften weggeschwemmt, ihre Ernte vernichtet. Hungersnot wüthet unter ihnen noch mehr als die Krankheiten; obwohl ein Kuli seine Familie nur mit zehn Groschen zu ernähren weiß, kann er das Geld nicht aufbringen. Die zerrütteten Finanzen des neuen Mandchureistaates sind nicht in der Lage, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Man rechnet schon heute damit, daß in diesem Winter ungefähr eine Million Menschen verhungern und erfrieren wird. Da das Wasser sämtliches Brennmaterial weggerissen hat, besteht die schreckliche Gewissheit, daß Hunderttausende die bis zu fünfzig Grad ansteigende Kälte nicht überstehen werden.

Nur ein ganz geringer Prozentsatz der in Charbin angelangten Flüchtlinge konnte in Baracken untergebracht werden. Der überwiegende Großteil klopft auf den Anhöhen unter dem dürftigen Schutz von zwei oder drei elenden Matten. Ein Maiskolben ist für diese Unglücklichen eine königliche Mahlzeit, und mit entsetzlicher Häufigkeit sieht man Frauen und Kinder mit einem Ausdruck tierischen Hungers an den unwahrscheinlichsten Dingen kauen.

Die Unsicherheit in und um Charbin erreicht ungeheuerliche Ausmaße. Kein Mensch wagt sich zehn Minuten Weges außerhalb der Stadt, da er mit Sicherheit ausgeraubt wird. Man rechnet, daß in der umliegenden Gegend an die dreißigtausend Banditen — zu ihnen zählt man aber auch fälschlich die antimandschurischen Streitkräfte — zusammengezogen sind. Diese gefährliche Lage und die Möglichkeit eines Ueberalles hat die Behörden zur Errichtung des kostspieligen Drahtverhaues um Charbin veranlaßt.

Auf der Strecke Charbin—Wladiwostok sind die Verbindungen seit vier Monaten unterbrochen und auf der Linie nach Chita ist erst in diesen Tagen der Betrieb wieder notdürftig aufgenommen worden. Die Südroute über Hainking und Mukden gleicht einem Heerlager; die Bahnhöfe sind mittels Drahtverhau, Schützengraben und Sackwällen zu wirklichen Festungen geworden.

Die Ueberfälle haben in den letzten Wochen stark zugenommen und im Innern befinden sich ganze Distrikte in den Händen der Aufständischen. Selbst auf der in japanischen Händen befindlichen Südmandschurischen Eisenbahn, die von Tschangtschun nach Dalen geht und auf der größere Truppenteile in ständiger Bereitschaft sind, ist fast jeden Tag von mehr oder weniger ersten Angriffen zu berichten. Den besten Beweis für die kritische Situation in der Mandchurei gibt der dieser Tage auf Mukden verübte Anschlag, wobei es eine Menge Tote gab und eine Anzahl von Flugzeugen zerstört wurde. Die Angreifer, gegen zweitausend an der Zahl, konnten im ersten Augenblick sogar in die Befestigungen der Altstadt eindringen.

Die nördliche Mandchurei geht tragischen Wochen entgegen. Hunger, Pest, Krieg und Plut; härter kann es für ein Land gar nicht kommen. Und das Bürgertum der Welt wundert sich, daß unter den verarmten, ausgebeuteten und stets mißbrauchten vierhundert Millionen Chinesen immer mehr die Saat des Kommunismus aufgeht. Emanuel Suda.

Erdbeben in Samarkand

Moskau, 7. Oktober.

In Samarkand und Taschkent wurden am 2. Oktober um 7 Uhr früh starke Erderschütterungen verspürt. Der Herd des Bebens liegt im Gebirge Tadschikistan. In Taschkent selbst haben eine Anzahl Häuser mehr oder minder große Beschädigungen erlitten.

Ein Milchmädchen rechnet

Aus dem „Tagebuch“ drucken wir diesen Brief:

Sehr geehrte Redaktion!

In Vollmachtenamen des „Reichsverbandes zur Wahrung der Objektivität e. V.“ ersuche ich höflich um Aufnahme der nachstehenden Zeilen, widrigenfalls ich gezwungen wäre...

Ihre interessantesten Ausführungen lesen wir allwöchentlich um so lieber, als wir anderer Meinung sind. Zum Beispiel behaupten Sie mit hartnäckiger Ausdauer, daß die nationalsozialistische Bewegung durch die von ihr erzeugte politische Unruhe die Wirtschaft schädige. Das ist richtig, aber auch das Gegenteil ist richtig, was festzustellen wir uns zum Verbandsziel gemacht haben; wie der große deutsche Dichter sagte: „audiat et altera pars!“

Wir haben daher das bei uns angestellte Milchmädchen Josefa Kernhuber beauftragt, ihren Rechnungen eine andere Rechnung gegenüberzustellen. Das genannte Fräulein setzt auf das wirtschaftsfördernde Aktivkonto der NSDAP die folgenden Summen ein — alles Beträge, die ohne das Wirken der ebenfalls genannten Partei unserer Wirtschaft nicht zugeflossen wären:

1 347 833 Braunhemden à 8 Mk. 10 782 644.— M.
Trinkgeld nach dem Frühstück bei dem Schleicher 0.50 M.
Druckaufträge für 13 erforderliche Gewordenwahlen 893 477 889.44 M.
Waffenkäufe 743 070 734.32 M.
Fahnen u. Verbandsstoffe 3 718 943 704.07 M.

Geldstrafen in Mordprozessen 1 300.— M.
Anwaltsgebühren für 733 Totschläge und 17 344 sonstige Prozesse 6 387 421.20 M.
Unterschiedliche Hotelrechnungen 3 143 703.28 M.
Farben für Abortwandinschriften 847 999.99 M.
Saalmietten 9 734 955.08 M.
Taufgebühren u. Nasenoperationen 18 340 732.91 M.
3 Proz. Vermittlergebühren beim Ankauf von 54 Parteihäusern 1 083 423.— M.
Briefporto nach Paris, Rom u. Bayreuth 347.12 M.
Rundfunkhonorare (inkl. Umsatzsteuer) 3 844.87 M.
Tantiemen für Theaterstücke, die sonst nicht aufgeführt worden wären 84 433.05 M.
macht insgesamt 8 255 834 155.98 M.
abzüglich 2 Prozent Kassenskonto 9 209 778.08 M.
in Summa 8 377 752 008.77 M.

Unser Verbandsmilchmädchen versichert, daß alle diese Beträge richtig geschätzt sind, woraus Sie ersehen, daß erwähnte Frage mindestens zwei Seiten hat, worauf wir Ihr geschätztes Organ ergebnis aufmerksam machen wollten, obwohl sich für Ihren Standpunkt ebenfalls einiges vorbringen läßt, wenn dem auch andererseits Tatsachen gegenüberstehen. Empfangen Sie usw.
„Verband zur Wahrung der Objektivität e. V.“
I. A.: Stefan Kat, Verbandssyndikus.

Erntesegen!

Voriges Jahr im Herbst traf ich einmal auf dem Markt einen kleinen, rothaarigen Jungen. Er kam an den Stand, an dem ich kaufte. Während ich Birnen und Äpfel in meinem Netz verstaute, reichte ihm die Händlerin eine Tüte mit angefaultem Obst. Sie konnte es gerne verschicken, es war schon spät, in einer halben Stunde mußte der Markt geräumt werden, und bis zum nächsten Markttag wären die Sachen sicher verdorben.

„Der Junge wees schon, wo er 'n jutes Herze findet“, sagte eine Käuferin, die dazutrat. Der Kleine bedankte sich schüchtern und trollte sich davon. Vielleicht hoffte er noch an anderen Ständen etwas zu bekommen.

„Mantut's jajerne“, sagte die Händlerin, „der Vater is och arbeitslos.“ „Stimmt, stimmt“, bestätigte die Kundin, „ich kenn den Jungen, die wohnen bei uns nebenan. Der Mann is schon zwee Jahre ohne Arbeit, — 5 Kinder! Die Frauhatimmer Bedienungemacht. Vor'n halben Jahre is se nu jesterb'n. Die sin wirklich arm, die Kinder.“

Ich war fertig und hatte keinen Grund, länger stehen zu bleiben.

Vielleicht habe ich eine halbe Stunde noch an den kleinen Jungen und sein Familienelend gedacht, dann vergaß ich ihn. Einige Wochen später fiel er mir wieder ein.

Die Weinerte war so glänzend, daß die Leute am liebsten einen Teil vernichten oder verderben lassen wollten. Sonst könnten sie nämlich nicht auf ihre Kosten kommen, behaupten sie. Die Preise müssen in die Höhe getrieben werden! In Amerika hatte man übrigens die Absicht, einen Teil der Baumwollente zu verbrennen, und in Mexiko wurden bereits tatsächlich auf diese Weise einige Zentner Kaffee an die Ecke gebracht.

Die ewig mütterliche Erde hatte die Pflanzen freigebig mit ihren Salzen und geheimnisvollen Säften genährt. Sie hat nicht geizig, hat ihre Kräfte verströmen lassen. Sonne und Regen haben einander in rechtem Maße abgelöst, eine reiche Ernte zu fördern. Was nützte es? — Kinder Unbemittelter mußten auf den Märkten betteln und froh sein, wenn gelegentlich eine Händlerin ein mitleidiges Herz hatte und ihnen etwas angefaultes Obst schenkte. In allen Teilen der Welt ging man daran, den „Erntesegen“ zu vernichten, nur damit die Preise stiegen. Und es ist wohl möglich, daß der kleine rothaarige Junge und seine Geschwister den ganzen Herbst und Winter über nicht ein ein-

ziges Mal ein Pfund noch nicht angefaultes, gutes Obst zu essen bekommen haben; und vielen tausend Kindern und Erwachsenen mag es genau so ergangen sein.

Was bedeutet das? Wie weit reichen die Wirkungen dieser Tatsachen? Jedem Lebewesen ist von Anbeginn die höchste Möglichkeit seiner körperlichen Entfaltung vorausbestimmt, die aber nur dann erreicht werden könnte, wenn seine Entwicklung ununterbrochen unter den günstigsten Bedingungen vor sich geht, das heißt: wenn es niemals, nicht ein einziges Mal zu wenig oder minderwertiges Essen bekommt, niemals zu wenig Schlaf, nie Mangel an Licht und Luft leidet und vor jeder Art Infektion, jeder Ueberanstrengung geschützt bleibt.

Diese Voraussetzungen sind sozusagen utopisch, und man kann sagen, daß kein Individuum tatsächlich diese höchste Stufe erreicht; aber zwischen höchster und geringster Entwicklungsmöglichkeit ist eine weite Strecke.

Es ist auch kein Trost, wenn dem durch Monate hindurch unterernährten Kinde in kurzer sommerlicher Erholungszeit doppelte Rationen zugebilligt werden, denn niemals kann im Verlauf der Entwicklung einmal erlittene Entbehrung vollkommen ausgeglichen werden.

Das aber, was ihre Muskeln stärken sollte, ihre Körper vor Krankheit feilen könnte, muß vernichtet werden, damit Börsennotierungen steigen, denn bleiben sie niedrig, so könnte der Unternehmer nicht bestehen, und jedes zu Grunde gehende Unternehmen bedeutet neues Unglück für das Volk, Scharen neuer Arbeitsloser.

Zu Zeiten, da die Menschheit ein primitives Leben führte, bedeutete Erntesegen — Öllick und Sattsein, Mähernte — Unglück und Hunger. Wir leben in einem komplizierten Wirtschaftssystem und diese natürlichen Wirkungen erreichen uns nicht mehr.

An vielen Feldern bin ich in diesem Sommer vorbeigewandert, sah die Halme, vom Winde bewegt, sich ab und zu neigen, fliegende, grünlich seidige Wellen — wunderschön, ja gewiß. Aber sonst? — Selbst wenn nicht nur diese, sondern alle, alle Felder mehr als hundertfältige Frucht tragen würden, würde es darum doch das ganze kommende Jahr hindurch — tragische Absurdität — Hungernde und Unterernährte geben. Fernes Ideal!

„Es wird kein Mensch mehr Hunger schreien, Mahle, Mühle, mahle!“

Richard Dehmel.

Erfolgreiche Arbeit der SAP

Stadtparlament in Oels

(Sonderbericht der SAZ.)

Am Freitag, den 30. September, tagte nach dreimonatiger Pause wieder einmal das Oelser Stadtparlament. Die Tagesordnung war entsprechend dieser Pause reichhaltig; sie umfaßte 26 Punkte. Zunächst gab der Vorsteher eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion bekannt (die unter Führung unserer Genossen im bedingten Mieterstreik stehenden Mieter im zweiten Bauabschnitt der „Schlesischen Heimstätte“ hatten die Arbeitervertreter im Stadtparlament angeregt, einen Antrag auf Bewilligung von Mietzuschüssen und Übernahme der rückständigen Mietbeträge seitens des Magistrats zu stellen), die folgenden Wortlaut hatte:

„Anfrage wegen Mietsförmigkeit in dem östlichen Häuserblock der Gemeinnützigen Siedlungsbaugesellschaft Potsdamerstraße.“

Für die Wohnungen des obengenannten Grundstücks betragen die Mieten pro m² und Jahr 9,00 bis 9,20 RM. Dieser außerordentlich hohe Mietzins, der in keinem Oelser Grundstück und auch nicht in Breslau vorkommt, ist nach der 4. Notverordnung nicht gesenkt worden, weil angeblich bis zu 90 Prozent ausländische Hypothekenkaptal verwendet worden ist. Die Bewohner dieser Wohnungen trifft dies um so härter, weil es sich um Klein- und Kleinstwohnungen handelt. Der Mietsanteil zu den Gesamtverdiensten, die sich pro Monat von 200 bis 120 RM. bewegen, beträgt bis zu 40 Prozent. Die gleichen Wohnungen bei dem ersten Bauabschnitt sind pro Monat 10 RM. billiger.

Verschiedene Vorstellungen bei der Gesellschaft, Rasterung und Magistrat haben weder einen Erfolg, noch eine Klärung gebracht. Die Mieter sind zum größten Teil Restbeträge rückständig, die Vermieterin hat die Kündigung ausgesprochen:

Wir fragen den Magistrat als Gesellschafter an:

1. Ist es gewillt, zur Beruhigung der Mieter eine baldige Klärung herbeizuführen?
2. Wie können die rückständigen Restbeträge abgedeckt werden? Die Mieter sind dazu nicht mehr in der Lage.
3. Wenn die Gesellschaft die Mietpreise nicht auf die gleiche Höhe festsetzen kann, wie die übrigen Wohnungen, ist dann zur Verbilligung die Herabgabe einer Sperrkassenhypothek möglich?
4. Können von der Stadt Mietsbeihilfen gegeben werden?

(Dieser Antrag stammt von einem SAP-Genossen. Siehe weiter unten.)

Nach einer Aussprache, an der sich die Stadtverordneten Stoffel (KPD), Kadler (SPD), Welz (SAP) und der erste Bürgermeister beteiligten, wird ein Antrag Welz (SAP), die rückständigen Mieten in Höhe von rund 550 RM. vom Magistrat zu übernehmen, angenommen.

Dann wirft man wieder einmal dem Klerus Geld zu: Die Propsteikirche droht gänzlich zu verfallen. Sie soll wieder mal instandgesetzt werden. Die Gesamtkosten betragen 2100 RM. Die Herrschaft Oels, in deren Besitz sich die Kirche befindet, kann aber nur 10 Prozent davon bezahlen (??); andernfalls müßte sie die Kirche abreißen lassen (das wäre doch sehr erfreulich), die evangelische Kirchengemeinde will 30 Prozent spendieren und den Rest soll Stadt und Provinz zahlen. Der Magistrat empfiehlt, von der Stadt aus 20 Prozent zu zahlen. Nach längerer Debatte, in der sich die Genossen Stoffel (KPD) und Welz (SAP) heftig dagegen wehren, wird der Betrag von 420 RM. mit knapper Mehrheit bewilligt.

Mit dem Pächter der „Oelser Stadtsäle“ ist der Pachtvertrag bis zum 31. März 1933 verlängert worden mit der Aenderung, daß der Monatsmindestsatz 600 RM. beträgt und bei einer Erhöhung des Jahresumsatzes über 100 000 RM. 12 Prozent des Bruttoumsatzes zu zahlen sind. Zur Errichtung eines Hindenburg-Hauses für Kriegsbeschädigte wurden zu den bereits vorhandenen 15 000 RM. anlässlich des 85. Geburtstages des Reichspräsidenten weitere 2000 RM. bewilligt. Mit dem Bau des Hauses soll im Frühjahr begonnen werden.

Infolge von Zuschüssen aus Oststiffemitteln (17 000 RM.) werden die Realsteuern für 1932 gesenkt; und zwar die Grundvermögensteuer (nur bei ländlichem Besitz) um 20 Prozent, die Gewerbesteuer und die Kapitalsteuer um je 10 Prozent.

Als Dringlichkeitsvorlage stand die Erhebung der Bürgersteuer für 1933 zur Beratung. Neu ist, daß die Erhebung für 1933 auf das Kalenderjahr erfolgen soll. Der Magistrat schlägt vor, 1933 das Vierfache des Landesatzes zu erheben, um ein gleiches Einkommen wie 1931 zu erzielen.

Gen. Welz ist grundsätzlich gegen die Bewilligung dieser Steuer.

Ein Antrag der Bürgerlichen Fraktion, wie bisher das Zweieinhalbfache des Landesatzes zu erheben, wird abgelehnt. Desgleichen einstimmig die Magistratsvorlage. Oels hat also zunächst für 1933 überhaupt keine Bürgersteuer.

Eine andere Dringlichkeitsvorlage beschäftigt sich mit der Unterbringung von „Exmittierten“. Nachdem man früher schon andere Projekte erwogen hatte, soll nun für 10 000 Reichsmark ein neues Gebäude mit 8 Räumen zu je 23 qm erbaut werden. Gen. Welz spricht sich dagegen aus. Er ist der Meinung, man solle das Geld lieber zu Mietszuschüssen verwenden, um so den Arbeitslosen wenigstens die gesunde Wohnung zu erhalten. Stoffel (KPD) meint, die 8 Räume reichen sowieso nicht, da man ja, wollte man korrekt durchgreifen, 2 bis 300 Familien exmittieren müßte. Er erinnert dabei an das schändliche Verhalten der Polizei bei einer Exmiltierung in der Storchneststraße. Schließlich wird aber diese Vorlage mit den Stimmen aller Bürgerlichen angenommen.

Unser Genosse Welz stellt den Antrag, daß Mieter, die unverschuldet in Not geraten (Lohnabzug usw.) nicht zu exmittieren sind. Der Antrag fand Annahme.

Nun entbrannte ein heftiger Streit darum, ob die weiteren Tagesordnungspunkte in geheimer oder in öffentlicher Sitzung verhandelt werden sollten. Schließlich gelang es den Arbeitervertretern, ihre Meinung durchzusetzen. Eine Magistratsvorlage verlangt Weiterbewilligung der Zuschüsse an die Polizeibeamten in der alten Höhe von 8 RM. pro Kopf und Monat. (Die Polizeibeamten haben 12 RM. verlangt.) Die Vertreter aller Arbeiterparteien sprechen sich scharf gegen die Vorlage aus. Nazi-Ochmann setzt sich mit aller Leidenschaft für die Polizeibeamten, die

last durchweg Mitglieder der NSDAP sind, ein, was bei allen Anwesenden verständnisvolles Lächeln hervorruft. Die Magistratsvorlage wird abgelehnt.

Nun noch etwas über die Berichterstattung der SPD-Präse. Recht vorsichtig verschweigt der Berichterstatter die Herkunft des Antrages wegen der Übernahme der Mieterückstände bei der Schlesischen Heimstätte. Es war in auch nur ein Sapper, der ihn stellte. Es kommt aber nicht immer auf die Stärke einer Fraktion im Parlament an, sondern auf die Aktivität. So etwas wird aber der Berichterstatter des „Volksfreund“ sicher wieder als Eitelkeit bezeichnen, über welche er sich zu Beginn seines Berichtes groß und breit aufhält. Na ja, so gut erzogen wie die Mitglieder der SPD, ist aber auch selten jemand.

Terror und kein Ende

Die wohlorganisierten Ueberfälle von Nationalsozialisten auf Arbeiter gehen weiter. So wurde am Sonnenplatz ein Zeitungshändler der „Eisernen Front“ von einer großen Horde Nazis überfallen und niedergeschlagen. Der Polizeibericht arbeitet bei der Schilderung dieses Vorfalles mit Diminutiven (d. h. Verkleinerungs- und Verschönerungswörtern). Er spricht nämlich von einer „kleinen Schlägerei“, bei der „wesentliche Verletzungen nicht vorgekommen“ seien. Der Arbeiterschaft hat sich gerade wegen dieses Vorfalles

eine starke anhaltende Erregung bemächtigt. An der Ecke Theater- und Gartenstraße hielten die Rührherden einen Mann mit dem Dreipfeilabzeichen an und verlangten, daß er es abnehme. Als der Prolet sich weigerte, schlugen sie wie wild auf ihn ein. Bei dieser Gelegenheit soll es der Polizei gelungen sein 15 Nazis festzunehmen. Nun, was wird ihnen schon geschehen? Man wird sie zu 5 Mark Geldstrafe verurteilen, wie das bereits geschehen. (Siehe unseren Bericht „Man läßt Milde walten“.)

Milde läßt man walten

wenn es sich um Nazi handelt

Das WTB bringt unter dem Datum des 7. Oktober eine geradezu unglaublich klingende Notiz. Es heißt dort:

„Das Bereitschaftsgericht Breslau verurteilte sechs Nationalsozialisten, die an einem nicht genehmigten Umzug teilgenommen hatten, zu Geldstrafen von 5 bis 30 RM. Etwa 40 SA-Leute waren am 6. Oktober, nachdem sie auf den Weischwitzer Wiesen Sport getrieben hatten, in geschlossenem Zuge nach Breslau marschiert, wo der Zug in der Bohrauer Straße aufgelöst wurde. Eine Maschinengewehrtruppe und ein Sankasten, die ihnen auf dem Marsche abgenommen worden waren, wurden vorläufig eingezogen.“

Weiter hatten sich eine Anzahl Nationalsozialisten zu verantworten, die beschuldigt waren, in den letzten Tagen Ueberfälle auf politische Gegner verübt zu haben. Diese Verfahren wurden an das ordentliche Gericht verwiesen. Die Angeklagten werden sich nun, zum Teil unter der Anklage des Landfriedensbruchs, vor dem ordentlichen Ge-

richt oder vor dem Sondergericht zu verantworten haben.

„O ahnungsloser Engel du!“ kann man nur dem Redakteur des Wölfischen Telegraphenbüros zurufen, wenn er von „Sport“ spricht und im gleichen Atemzug feststellt, daß man diesen Sportlern Sankasten und Maschinengewehrtruppen abgenommen hat.

Dies nur nebenbei! Daß die Nazis sich für den Bürgerkrieg vorbereiten, wissen wir. Provokierend aber und aufreizend muß es auf die Breslauer Arbeiterschaft wirken, wenn man Nationalsozialisten trotz Bestehens strengster Notverordnungsgebots mit 5 bis 30 Mark milde läßt. Wir sind überzeugt, daß Proleten, die unter denselben Umständen auf der Straße festgenommen wurden, zum mindesten wegen Beteiligung an einer nicht genehmigten Demonstration zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden wären.

Noch toller wäre es aber, wenn die anderen Naziangeklagten, wie das WTB es offen läßt, vor das ordentliche und nicht vor ein Sondergericht kämen.

Im Netz der Paragraphen

Zwei Jahre Gefängnis

Neuzals, 7. Oktober.

Das Glogauer Schwurgericht verhandelte im Neuzalzer Amtsgerichtsgebäude gegen den unter Anklage des Totschlags stehenden Schlosser Bruno Grätz aus Grünberg. Das Urteil lautete wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg auf zwei Jahre Gefängnis und zwei Monate wegen unbefugten Waffenbesitzes. Grätz hatte am 29. Mai, als er mit seiner Braut eine Motorradfahrt unternehmen wollte, deren Vater, den Kraftwagenführer Schwan, der seine Erlaubnis hierzu nicht geben wollte, niedergeschossen.

1 1/4 Jahr

Zuchthaus für Brandstiftung

Neissa, 7. Oktober.

Im Gasthaus des Dorfes Woiitz verhandelte das Neisser Sondergericht gegen den Landwirt Max Schneider aus Woiitz wegen vorsätzlicher Brandstiftung und Versicherungsbetruges. Am 28. August brach auf dem Anwesen des Angeklagten ein Brand aus. Es stellte sich bald heraus, daß Schneider das Feuer selbst angelegt hatte, um in den Besitz der Versicherungssumme zu kommen. Das Gericht verurteilte Schneider unter Verurteilung mildernder Umstände gemäß dem Antrage des Staatsanwalts zu 1 1/4 Jahr Zuchthaus.

Wegen Falschmünzerei

Breslau, 7. Oktober.

Die Strafkammer verurteilte heute drei Arbeiter im Alter von 20 bis 23 Jahren wegen Münzvergehens unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis bzw. 9 Monaten bzw. 7 Monaten Gefängnis. Im Mai d. J. war bei einem Gastwirt in Oels ein falsches Zweimarkstück verausgabt worden. Die Breslauer Polizei, die bald zur Stelle war, konnte den 22-jährigen Arbeiter Kurt Pohl festnehmen. Bei diesem wurden noch 16 falsche Zweimarkstücke gefunden. Bei der weiteren Nachprüfung ergab sich, daß die drei Angeklagten in einem Schuppen auf der Piaststraße eine Falschmünzwerkstatt eingerichtet hatten. Hier wurden die verschiedensten Falschmünzergewichte vorgefunden, u. a.

auch zwei falsche Fünfmarkstücke. Wie die Ermittlungen ergaben, haben die Angeklagten insgesamt 30 Zweimarkstücke hergestellt und drei Fünfmarkstücke. Die Fünfmarkstücke gelangen nur sehr schlecht; die Zweimarkstücke waren wohl besser, aber bei großer Aufmerksamkeit konnte man die Fälschung erkennen. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Verurteilt wurde von dem falschen Geld ein Fünfmarkstück an einen Chauffeur und ein Zweimarkstück in Oels. Die Angeklagten führten mit Recht ihre Tat auf ihre große Notlage zurück, da sie seit längerer Zeit arbeitslos sind.

Zum Raubmord an dem Geldbrieftäger im Kreise Neumarkt

Zur Aufklärung des Mordes an dem Geldbrieftäger Darm auf dem Feldweg zwischen Grünthal und Kobelnick weiß die Breslauer Mordkommission noch in Stephansdorf. Gegenwärtig werden eine Anzahl von Spuren nachgeprüft, die sich aus den bisherigen Ermittlungen und aus Mitteilungen des Publikums ergeben haben. Dabei stellte es sich heraus, daß in der näheren und weiteren Umgebung des Tatortes doch eine größere Anzahl von ortsfremden Personen sich aufhielt und gesehen wurde, als zuerst angenommen wurde. Die Suche nach diesen Personen und die Ermittlungen über den Zweck ihres Aufenthaltes sind jetzt Gegenstand eingehender Ermittlungen. Es sind auch im Laufe der letzten Tage im Kreise Neumarkt mehrere verdächtige Personen festgenommen worden. Einige wurden wieder entlassen, da sie einwandfrei ihr Alibi nachweisen konnten und mit dem Mord in keiner Beziehung stehen. Die Feststellungen über die übrigen Festgenommenen sind noch nicht abgeschlossen. Die unter dem Fernruf Neumarkt 3 zu erreichende Mordkommission bittet nach wie vor um rege Unterstützung der breiten Öffentlichkeit unter Hinweis auf die in Höhe von 1500 Mark ausgesetzte Belohnung.

Städtische Ruhelöhner-Versammlung

Die seit einiger Zeit alle Monate vom Gesamtverband durchgeführten Zusammenkünfte der Pensionäre aus den städtischen Betrieben Breslaus erfreuen sich eines durch die Not der Zeit verursachten gesteigerten Versammlungsbesuches.

In der Versammlung am 6. Oktober im Gewerkschaftshaus gab der Verbandsangestellte Kollege Groß einen kurzen Überblick über die zur Zeit geführten Verhandlungen über den geplanten Lohnraub in den städtischen Betrieben, wobei Kollege Groß auf einmal sehr radikale Töne anschlug.

Beim ersten Punkt „Die Invalidenunterstützungseinrichtungen des Gesamtverbandes“ verteidigte Groß die vom 8. Juli 1932 vom Hauptvorstand vorgenommenen Kürzungen der Unterstützungsätze. In der sehr regen Aussprache wurde von den einzelnen Kollegen diese Maßnahme sehr kritisiert. Dieser Stimmung trug Kollege Groß Rechnung und brachte selbst eine Resolution ein, die vom Hauptvorstand die Zurücknahme der Kürzungen verlangt, was einstimmig angenommen wurde.

Unter Verschiedenes war in der Hauptsache die Aussprache unserer Genossen Rettig, Menzel und Zibulla sehr lebhaft. Wie die Stimmung war, zeigt sich darin, daß die Anregung eines Kollegen der „Eisernen Front“ vor der Wahl am 6. November eine Wahlversammlung der Ruhelöhner durch die SPD stattfinden zu lassen, gar nicht zur Abstimmung kam.

Die nächste Versammlung findet am 10. November nach der Wahl statt.

Bunzlauer Landfriedensbruchprozeß

Im Bunzlauer Landfriedensbruchprozeß wurden, nach Abschluß der Zeugenvernehmung, die Schloßsachverständigen gehört, die zu sonderbaren Gutachten gelangten, die von sämtlichen Teilnehmern der Eisernen Front als irrig bezeichnet wurden. Das Urteil wird heute gefällt werden.

Zweierlei Maß

Nur 10 RM Geldstrafe für ein ehemaliges Grenzschutzmitglied wegen verbotenen Waffenbesitzes

Vor dem Breslauer Schöffengericht mußte sich gestern der landwirtschaftliche Beamte Richard Ast wegen Aufbewahrung von Kriegswaffen verantworten. Es handelte sich um zirka 86 S-Patronen, 2 Seifengewehre und eine Gasmaske, die bei ihm am 17. März dieses Jahres gelegentlich einer Haussuchung gefunden worden waren. Der Angeklagte schilderte in der Verhandlung mit besonderem Stolz, wie er die Waffen Ende 1918 nach Haus gebracht und der Kontrolle des „Rollen Soldatenrats“ entzogen habe. Zu seiner Verteidigung gab er an, die Waffen als Erinnerungssüßigkeit II aufbewahrt, danach aber selbst darauf vergessen und keine Kenntnis mehr davon gehabt zu haben. Einen ebenfalls mitgebrachten Karabiner hatte er 1927 abgeliefert. Der Staatsanwalt beantragte für das Vergehen des Angeklagten das überaus milde Strafmaß von 40 Mark oder acht Tagen Haft, während das Gericht noch weiter ging, dem Angeklagten, der bis 1921 im Grenzschutz diente, seine Angaben als wahr unterstellte und zu der geringfügigen Strafe von 10 Mark verurteilte. Wäre der Angeklagte Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen, eine exemplarische Strafe wäre ihm sicher gewesen.

Verdacht fiel auf „Rotmord“!

Hitlerjunge begeht Selbstmord wegen Unterschlagung

Guthau.

Vor einigen Tagen fand man auf einem Platz am Niederdamm den 18-jährigen Kaufmannsgehilfen Halangk erschossen auf. Neben der Leiche lag ein Trommelrevolver.

Sofort sprengten die Nazis das Gerücht aus, Halangk sei von der „roten Mordpest“ ermordet worden. Den „Untermenschen“ sei wieder einmal ein „junges blühendes Leben zum Opfer“ gefallen. Diese ruchlose Hetze brach aber, wie alle die andern Hetzen der Nazis, in nichts zusammen.

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß Halangk Selbstmord begangen hat. Er hat sich Unterschlagungen in seinem Geschäft zuschulden kommen lassen.

Grubenunfälle in Ostoberschlesien

Im Gerhardtflöz auf der Deutschlandgrube wurde der Arbeiter Trzysioł von herabstürzenden Kohlen getroffen und so schwer verletzt, daß er in bedenklichem Zustande ins Knappschafts lazarett eingeliefert werden mußte.

Der auf der Donnersmörck-Grube in Chwallowitz beschäftigte Häuer Niemezella wurde beim Pfeilerabbau von stürzenden Kohlenmassen verschüttet. Auf der gleichen Grube wurde ein Häuer von einer Grubenlokomotive erfaßt und gegen die Streckenwand geschleudert, wobei er sehr schwere Verletzungen davontrug.

Ein Todesfall an spinaler Kinderlähmung

Neurode, 6. Oktober.

In Königswalde verstarb der sechsjährige Sohn Josef des Stellenbesitzers Anton Czech an spinaler Kinderlähmung.

Geschlossen vorwärts!

Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg am 2. Oktober 1932

Am Sonntag, dem 2. Oktober 1932, hielt der Bezirk Berlin-Brandenburg einen außerordentlichen Bezirksparteitag ab. Anwesend waren 102 Delegierte, davon 19 aus der Provinz. Das Referat über „Die politische Lage und die Aufgaben der Partei“ hielt der Genosse Klaus Zwilling. Nach ausgiebiger Diskussion, in welcher der Genosse Hans Selgwasser eine vorläufige Redezeit von 45 Minuten erhielt, wurde mit 87 gegen 13 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die folgende Resolution angenommen:

Die klassenverräterische Politik der SPD und die teils ultralinke, teils opportunistische Zickzackpolitik der KPD haben vor einem Jahr zur Bildung der SAP geführt.

Das abgelebene Jahr hat die Notwendigkeit der SAP hundertfältig erwiesen.

Besonders der 20. Juli hat bewiesen, daß es noch keine revolutionäre Führung gibt, zu der die ausschlaggebenden Teile des deutschen Proletariats Vertrauen haben. So kommt es, daß die deutsche Arbeiterklasse in einer Situation, die objektiv seit 1918 die revolutionärste ist, in die Defensive gedrängt ist und daß auf der ganzen Linie die schwärzeste Reaktion vorherrscht.

Der deutschen Arbeiterklasse zu der notwendigen revolutionären Führung zu verhelfen, ist die Aufgabe der SAP.

In der Prinzipienklärung hat sich die Partei eine klare Richtschnur für ihr Handeln gegeben. Die Partei kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn bei Wahrung der notwendigen Diskussionsfreiheit vor der Aktion in der Aktion vollkommene Disziplin gewahrt wird.

Parteimitglieder, die gegen gefälschte Aktionsbeschlüsse verstoßen, stellen sich damit selbst außerhalb der Partei.

Die Bezirkskonferenz erklärt weiter, daß das Eintreten für den Anschluß an die „Eiserne Front“ bzw. an die SPD ebenso wie das Eintreten nach dem Beschluß des Parteitag, daß die Parteigenossen für die kommunistischen Kandidaten stimmen sollen, un-

Filmveranstaltung des Berliner SJV

„Es lebe der rote Oktober“

am Sonntag, den 16. Oktober 1932, um 18 Uhr, im Städt. Lichtspielhaus Neukölln, Bergstr. 147

Ernst Busch singt
Eintrittspreis 40 Pfg.

vereinbar ist mit der Prinzipienklärung und den Ausschluß aus der Partei zur Folge haben muß.

Nur wenn unsere Partei ihr eigenes Gesicht klar und deutlich im Kampfe zeigt, wenn sie vom Boden der Prinzipienklärung an die Lösung der konkreten Aufgaben herangeht und sie in voller Geschlossenheit durchführt, wird es ihr gelingen, ihren historischen Aufgaben gerecht zu werden.

In der Diskussion wurde die Frage für oder gegen Aufstellung von eigenen Listen zum Reichstagswahlkampf eingehend erörtert. Eine Resolution, die sich gegen die Beteiligung mit eigenen Listen aussprach, wurde gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Weiter wurde folgender Antrag gegen wenige Stimmen angenommen:

„Voraussetzung für jede im Interesse der Partei auszuübende Funktion ist unbedingte und vorbehaltlose Bejahung der SAP, ihrer Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms.“

Funktionär kann daher nur sein, wer sich der Aktionsdisziplin der Partei unterwirft.“

Vor den Wahlen zur Bezirksleitung gab der Genosse Köhler einen kurzen Überblick über den organisatorischen Stand der Bewegung, der in finanzieller Hinsicht von dem Genossen Pandura ergänzt wurde. Die organisatorischen Schwächen und Mängel, die zum großen Teil ein Resultat der Entwicklung der Partei sind, müssen ausgemerzt werden, und die Partei muß zu einer wirklich systematischen Organisationsarbeit kommen. Die organisatorische Seite unserer Arbeit, die Festigung unserer Ortsgruppen, die Zusammenfassung unserer Genossen in den Gewerkschaften und Massenorganisationen muß mehr als bisher im Vordergrund unserer Aufgaben stehen.

An den Bericht schloß sich eine kurze Aussprache, in der die Kritik an den Schwächen und Mängeln der Arbeit, die der Genosse Köhler aufgezeigt hatte, ergänzt wurde.

Zum Vorsitzenden wurde Klaus Zwilling, politischer und Max Köhler, Organisationsleiter, gewählt. Als Spitzenkandidat für die Reichstagswahlen wurde für alle vier Wahlkreise Genosse Georg Ledebour aufgestellt.

Zur Frage der IHV wurde folgende Entscheidung angenommen:

Die ungeheure Steigerung der Verfolgung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen durch die Polizei, insbesondere durch die bürgerliche Klassenjustiz

(Sondergerichte), erfordert nicht nur eine breite Abwehrbewegung durch die gesamte Arbeiterklasse, sondern insbesondere die sofortige Organisation der Solidartät für die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz und des faschistischen Terrors.

Der Bezirksparteitag der SAP Berlin-Brandenburg begrüßt deshalb den Aufruf des Parteivorstandes der SAP, der Reichsleitung des SJV und der Hauptverwaltung der Internationalen Hilfsvereinigung zum Beitritt in die IHV. Der Bezirksparteitag erkennt die Notwendigkeit der Organisation seiner Mitglieder und Sympathisierenden in der IHV an, um den wegen politischer Delikte Angeklagten und Verurteilten durch Gewährung von Rechtsschutz, Gefangenens- und Familienunterstützung solidarische Hilfe zu gewähren und beschließt, alle Kräfte für die Mobil-

sierung der überparteilichen Klassensolidarität in der IHV einzusetzen.“

Der Bezirksparteitag hat die politischen Probleme diskutiert und die Aufgaben der Partei festgelegt. Jetzt gilt es im Sinne der Beschlüsse in allen Ortsgruppen die praktische Arbeit im Kampf gegen die Papendiktatur und den Faschismus in Angriff zu nehmen und die wenigen Wochen, die im Wahlkampf zur Verfügung stehen, durch Anspannung aller Kräfte für die Verbreitung unserer Ideen auszunutzen und neue Kämpfer für unsere Sache, für die Wiedergesundung der Arbeiterbewegung, zu gewinnen.

Noch größere Initiative als bisher, noch größere Aktivität gilt es zu entwickeln. Mit noch größerem Eifer gilt es für die Einheitsfront des Proletariats, für den Arbeiterblock aller Arbeiterorganisationen zu kämpfen und allen Widerständen zum Trotz die Fahne der Sozialistischen Arbeiterpartei voranzutragen.

Die KPD sprengt den Einheitsausschuß in Mahlsdorf

Auf Initiative unserer Genossen in Mahlsdorf entstand ein Einheitsausschuß, in dem die KPD, SAP, KPO, Rote Hilfe, Industrieverband für das Baugewerbe und die mit der KPD verbundenen Organisationen vertreten waren. Schon in vorhergehenden Sitzungen versuchte die KPD, die KPO auszuscheiden. Die SAP sollte nur als Ausschüßschild für die Überparteilichkeit dienen. In Wirklichkeit aber war es schon jetzt nur noch ein Ausschuß der KPD.

Für Mittwoch, den 5. Oktober, war durch den Einheitsausschuß eine öffentliche Versammlung einberufen worden, in der von der KPD und von der SAP je ein Vertreter sprach. Das Referat der KPD-Referentin war zugeschnitten auf eine reine KPD-Versammlung. Von Einheitsfront keine Spur. Nur in den Schlußbemerkungen erklärte sie, Einheitsfront nur unter Führung der KPD. Unser Genosse Köhler stellte gleich einleitend seiner Ausführungen fest, daß so keine Einheitsfront zustande kommt und daß es darauf ankommt, trotz bestehender politischer Differenzen von Organisationen zu Organisation sich für den Kampf um konkrete Forderungen zu verständigen. Nur so kann eine wirkliche Einheitsfront zustande kommen.

Daß die KPD aber in Wirklichkeit keine Einheitsfront will, kam in der anschließenden Diskussion zum Ausdruck. Als sich der Genosse Wiest zum Ausdruck brachte, daß er nicht auf Verlangen unseres Genossen Haupt der Versammlungsleiter dem Genossen Wiest das Wort gegeben hatte, forderte einer von der KPD-Leitung, daß dem Genossen Wiest das Wort entzogen wird. Unsere Genossen erklärten darauf,

daß das eine Einheitsversammlung ist und jeder Vertreter einer Arbeiterorganisation das Wort zu erhalten habe, auch wenn es der KPD nicht paßt. Unsere Genossen erklärten weiter, wenn die KPD diesen selbstverständlichen Grundsatz nicht einhalten werde so würde sie damit nur zeigen, daß sie gegen die Einheitsfront sei und in Wirklichkeit diesen Ausschuß nur als einen KPD-Laden betrachte. Das müssen aber die Genossen der SAP ablehnen. Trotz dieser Warnung kehrte sich die KPD-Leitung nicht daran und verweigerte Genossen Wiest das Wort.

Darauf verließen die Genossen der SAP und ein großer Teil Sympathisierender und auch KPD-Mitglieder das Versammlungslokal.

weil sie sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Methode der KPD wandten. Die KPD-Führer erklärten zwar, daß Faschisten in der Versammlung sprechen könnten, daß aber ein KPO-Mitglied nicht das Wort erhält.

Damit hat die KPD den mühsam zustande gekommenen Ausschuß gesprengt und von neuem bewiesen, daß ihr faktisch an der Einheitsfront nichts liegt.

Unsere Genossen in Mahlsdorf werden mit verstärkter Energie für den Gedanken der Einheitsfront wirken und sie werden die Mitglieder der KPD an Hand der Erfahrungen in Mahlsdorf vor die Frage stellen, ob sie sich weiter zur Zerschlagung der Einheitsfront durch ihre Führung gebrauchen lassen wollen, oder ob sie nicht endlich mit uns gemeinsam den Kampf zur Herstellung der Einheitsfront gegen Faschismus und Reaktion organisieren wollen.

Auch eine Ankurbelung

Berlin organisiert „Freiwilligen Arbeitsdienst“

Vor wenigen Tagen erst hat der Diktator von Berlin, Oberbürgermeister Sahn, eine Verfügung erlassen, nach der alle nicht dringenden Ausgaben zurückgestellt werden. Statt Arbeitsbeschaffung wird also im größten Umfang Arbeitsdrosselung betrieben. Um aber nun doch so zu tun, als ob auch die Stadt Berlin tüchtig mit „ankurbelt“, soll jetzt der „Freiwillige Arbeitsdienst“ in größtem Umfange betrieben werden.

vielmehr dafür, daß dies unbedingt geschieht. Während der FAD in Berlin meist in der Form der sogenannten „Offenen Lager“ durchgeführt wurde, bei denen die Arbeitswilligen nach der Leistung des Arbeitsdienstes nach Hause gehen konnten, sollen jetzt in erster Linie solche Arbeiten durchgeführt werden,

die es gestatten, die Arbeitsdienstwilligen in geschlossenen Lagern am Rande und außerhalb der Stadt unterzubringen.

Wo das nicht möglich ist, müssen die Arbeiten zurückgestellt werden. Es soll also unter allen Umständen für die Kasernierung der Jugendlichen und für ihre Absperrung mit Kommissär-Sorge getragen werden. Nur dort, wo weibliche Arbeitsdienstwillige mit Instandsetzung von Kleidungsstücken usw. beschäftigt werden, kann von einer Unterbringung in Lagern Abstand genommen werden.

Vom Reich wird 1,80 Mk. pro Werktag und Arbeitswilligen gezahlt. Der Zuschuß der Stadt beträgt 50 Pfennig pro Werktag. Das Taschengeld für den Arbeitsdienstwilligen beträgt

30 Pfennig täglich.

Bei besonders wertvollen Arbeiten kann der Zuschuß der Stadt auf 75 Pfennig pro Werktag erhöht werden. Bei diesen Arbeiten wird es sich zumindest um solche handeln die sonst von Facharbeitern durchgeführt werden müßten, bei denen also der tarifbrecherische Charakter des Arbeitsdienstes klarer zutage tritt. Diese Ankurbelungsaktion des Berliner Koalitionsmagistrats muß auf den stärksten Widerstand der werktätigen Massen Berlins stoßen. Insbesondere müssen die sozialdemokratischen Arbeiter die sozialdemokratischen Magistratsmitglieder zur Verantwortung ziehen, daß sie diesem Schandstreich ihre Zustimmung gegeben hatten.

Achtung! Berlin!

100% Ig

ist die Steigerung unserer Leserszahl in vielen Orten durch unermüdete Arbeit unserer Genossen!

Wo bleibt Berlin?

Als „Träger des Dienstes“ werden angeblich „neutrale“ Organisationen, wie das Pestalozzi-Fröbel-Haus und der „Förderkreis für märkische Arbeitspflicht“ bestimmt. Dabei ist gerade die letztere Organisation ein Sammelbecken aller möglichen reaktionären und faschistischen Verbände. Diese angebliche Neutralität wird also keineswegs verhindern, daß der FAD in Berlin ein Tummelplatz militärischer und reaktionärer Bestrebungen wird. Die Durchführungsbestimmungen sorgen

Was will die SAP?

Prinzipienklärung und Aktionsprogramm mit einem Vorwort von Paul Frölich, Umfang 32 Seiten zu 10 Pfennig pro Stück, ist soeben erschienen.

Die Auslieferung der eingegangenen Bestellungen erfolgte am Freitag. Soweit noch nicht auf Postscheck bezahlt worden ist, erfolgte die Zustellung p. Nachnahme.

Wir machen alle Besteller darauf aufmerksam, damit keine Verzögerung beim Empfang eintritt. Die Broschüre kostet den Ortsgruppen oder Bezirken 7 Pf. Bei 100 Stück 6 1/2 Pf., bei 250 Stück 6 Pf. und bei 500 Stück 5 1/2 Pf. Auslieferung erfolgt nur nach vorheriger Bezahlung auf unser Postscheck-Konto Georg Pandura, Berlin N 65, Nr. 394 28, Postscheckamt Berlin, oder per Nachnahme. Die Broschüre ist eine gute Unterstützung in unserem Reichstagswahlkampf.



SAP

Versammlungskalender

Bezirksverband Berlin-Brandenburg
Montag, den 10. Okt. 32. B. L. Sitzung um 19 Uhr im Sekretariat Magazinstr. 12a.
Dienstag, den 11. Okt. 32. Gesamtverband. Alle im Gesamtverband organisierten Genossen treffen sich um 20 Uhr bei Wolschläger, Adalbertstr. 21.
Donnerstag, den 13. Okt. 32. Bildungsoblaste. Sitzung des Bildungsausschusses um 20 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a.
Freitag, den 14. Okt. 32. Funktionärschulungskursus um 19.30 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a. „Die russischen Revolutionen“.
Sonabend, den 15. Okt. 32. Wochendkursus in Bohnsdorf. Näheres darüber folgt.

Mitteilungen der Ortsgruppen.

Mittwoch, den 12. Okt. 32
Ortsgruppe Wedding. Mitgliederversammlung bei Bruseberg, Gerichtsstr.
Ortsgruppe Prenzl. Berg. Fortsetzung des Kursus mit P. Frölich bei Reche, Metzgerstr. 26.
Ortsgruppe Friedrichshain. Mitgliederversammlung. Bericht vom Bezirksparteitag.
Ortsgruppe Kreuzberg. Mitgliederversammlung bei Lock, Schönleinstr. 6. Bericht vom Bezirksparteitag.
Ortsgruppe Schöneberg. Mitgliederversammlung.
Ortsgruppe Steglitz. Mitgliederversammlung bei Wernicke, Berlinkerstr. 1. M. Köhler: Bericht vom Bezirksparteitag.
Ortsgruppe Mitte. Mitgliederversammlung bei Mering, Novelisstr. 12 (Nahe Elsassstr.).
Freitag, den 14. Okt. 32
Ortsgruppe Friedrichshain (Abt. Baltenplatz). Funktionärsitzung um 20 Uhr beim Gen. Gläser.
JHV-Nord-Ost. Mitgliederversammlung abends 20 Uhr, bei Ruhe, Metzger Str. 26. Referent: Willi Korbmacher.
Brandenburg a. H., SAP. Mittwoch, 12. Okt., Mitgliederversammlung mit Gästen. August Siemen spricht über Kulturreaktion bei Budig, Neust. Heiderh.
Mittwoch nachm. Kindergruppe bei Müller, Maerkerstr. 3.
Freitag und Sonnabend: Treffen bei Enders, Wollenswälderstr. 61. Verstärkte Zeitungsgitation!

SJV

SJV Groß Berlin, Sekretariat Magazinstr. 12a. Geöffnet täglich von 10-17 Uhr, Sonnabend bis 14 Uhr.
Achtung Gruppenoblaste! Umgehend Werbematerial und Jungproleten abholen. Karten für die Filmveranstaltung am 16. Oktober müssen bis zum Freitag, den 14. Oktober abgerechnet sein. Einige Karten sind noch zu haben.
Referentenschule. Montag, den 10. Oktober, 20 Uhr, Heim Magazinstr. 12a. Jede Gruppe muß vertreten sein. Monatsprogramme der Gruppen müssen umgehend eingesandt werden.
(Oktober 1917 - Oktober 1932.) Aktionsbeirk Nord-Ost am Sonntag, den 9. Oktober, 19.30 Uhr, Heim Pankow, Mühlensstr. 77.

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: 27 Weitzbe 2422
Sonntag, 9. Oktober nachm. 2.30 Uhr
Ganovenchöre
5.30 u. 8.45 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Eben erschienen;
Fritz Sternberg
Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50 statt 7.50

Stettin
Feinbäckerei und Konditorei Gustav Tillack
Stettin, Grenzstraße 19
Täglich frische Backwaren jeder Art